

Das Abonnement  
für dies mit Ausnahme der  
heute täglich erscheinende  
att beträgt vierteljährlich  
die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
Bestellungen  
hören alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Poener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 5. Februar. Se. Majestät der König haben Allerhöchstes ge-  
ruht: Dem Kendanten der Porzellan-Manufaktur-Hauptkasse, Geh. Rechnungs-  
Rath Bier zu Berlin, den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,  
und dem Bauinspektor Koebele zu Bialoslawie den Charakter als Baurath zu  
verleihen.

## Telegramme der Poener Zeitung.

Breslau, 5. Februar Abends. In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft wurde der Antrag des Barwaltungsrathes bezüglich des Baues der Linie Posen-Thorn mit einer Zweigbahn nach Bromberg einstimmig angenommen. Ob als Knotenpunkt Inowraclaw oder Pakose zu nehmen, solle der Entscheidung der Regierung überlassen bleiben. Die Versammlung bewilligte ferner 5000 Thlr. für die Nothleiden in Ostpreußen.

Dresden, 5. Februar Nachmitt. Wie an unterrichteter Stelle versichert wird, soll demnächst das Rekrutierungswesen von Bundeswegen durch eine umfassende Ausführungsverordnung zu dem Bundesgesetze vom 9. November v. J. betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste nach einheitlichen Grundsätzen für das gesamte Bundesgebiet geregelt werden.

München, 5. Februar Nachmitt. Nach dem heutigen Bühlein über das Befinden der Königin-Mutter, welche an einem akuten Gelenk-Rheumatismus erkrankt ist, hat das Fieber etwas zugenommen; die Gelenkaffection hat größere Ausbreitung gewonnen; die letzte Nacht wurde größtentheils schlaflos zugebracht.

Stuttgart, 5. Februar Nachmittags. Die Abgeordnetenkammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz betreffend neuen Eisenbahnanlagen. Das dazu erforderliche Baukapital im Betrage von 36 Millionen soll im Anleihewege aufgebracht werden.

Schwerin, den 4. Febr. Nach einer der hiesigen wie den übrigen Bundesregierungen zugegangenen Mittheilung des Bundeskanzlers vom 30. v. Mts. hat, wie die "Mecklenburger Anzeigen" melden, der königlich preuß. Geschäftsträger in Kanagama am 8. Nov. v. J. im Auftrage des Bundeskanzlers der japanischen Regierung von der erfolgten Feststellung der Kriegs- und der Handelsflagge des Norddeutschen Bundes Anzeige gemacht, unter Mittheilung der Flaggenmuster und mit dem Ersuchen, den Gouverneur der geöffneten und den zu öffnenden Häfen die nötigen Anweisungen dieserhalb zugehen lassen. Die japanische Regierung hat unterm 26. November v. J. diesem Antrage entsprochen, und es sind somit allen unter der Handelsflagge des Norddeutschen Bundes fahrenden Kaufahrtschiffen in den betreffenden Häfen Japans alle diesen Rechte gesichert, welche nach den Bestimmungen des preußisch-japanischen Handelsvertrages bisher den preußischen Kaufschiffen zustanden.

In der Verordnung, betreffend die durch das Bundesgesetz über die Freizügigkeit gebotene Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Juden heißt es u. A.:

"Jüdischen Glaubensgenossen, welche Grundeigentum erwerben, mit dessen Besitz öffentliche Rechte verbunden sind, steht zwar auch die Ausübung dieser Rechte zu; sie bleiben jedoch von der Ausübung der Landstandshaft, der Jurisdiktion, des Patronats, der Aufsicht und Verwaltung von christlichen Schulen und geistlichen Stiftungen, und nicht minder von der Ausübung der Polizei, insoweit es sich um die Untersuchung und Bestrafung von Vergehen handelt, ausgeschlossen. Die Landstandshaft ruht während der Dauer des Besitzers, die übrigen vorstehend aufgeführten Rechte werden durch einen besondern, in jedem einzelnen Falle dauernd zu bestellenden Vertreter ausgeübt. Der jüdische Besitzer bleibt aber zur Tragung aller damit verbundenen Lasten, auch der durch die Vertretung verursachten Kosten, verpflichtet."

London, 5. Februar, Morgens. Bei einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Bright, das Parlament müsse die Verbesserung der Zustände Irlands zu seiner hauptsächlichsten Aufgabe machen. Eine Trennung Irlands von England sei unbedingt unzulässig, es müsse vielmehr eine Versöhnung angestrebt werden durch Förderung eines unabkömmligen irischen Bauernstandes, wobei die preußischen Verhältnisse als Muster anzusehen seien. Außerdem müsse die Staatskirche in Irland beschränkt werden, ohne sie dabei ganz ihrer Güter zu beraubten.

Paris, 4. Februar, Abends. Gesetzgebender Körper. In seiner heutigen Rede sprach der Staatsminister Rohr den kaiserlichen Brief vom 19. Januar v. J. und stellte in Abrede, daß die Regierung versucht habe, die liberale Bewegung zu hemmen. Wir haben, sagte der Minister, das uns anvertraute Werk aufrichtig übernommen. Es haben sich gewisse Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Gesetzes laut gegeben. Wir haben reiflich die Frage geprüft, und das Resultat dieser Prüfung ist der feste Wille, das Gesetz mit aller Kraft aufrechtzuhalten. Diese Verpflichtung wird wir eingegangen, und vor einer Verpflichtung weicht eine starke Regierung niemals zurück. Wir fürchten die Presse nicht, denn wir haben die Mittel, dieselbe im Zaum zu halten. Der Minister glaubt nicht an die Beschwichtigung der Parteien, wohl aber an die Ohnmacht derselben. Darum müsse die Majorität fest zu den Entschlüssen der Regierung stehen und sich nicht spalten. Der Minister schließt: "Eine neue Generation ist gekommen. Die 4 Millionen Wähler, welche das Kaiserthum errichtet, sind nicht mehr. Neue 4 Millionen Wähler beleben die Nation mit neuem Eifer. Wir dürfen sie nicht aufhalten, wohl aber müssen wir sie leiten." Art. 1. und 2. des Preßgesetzes werden angenommen.

Paris, 4. Februar, Abends. Gesetzgebender Körper. Be-

rathung des Preßgesetzes. Die zu Artikel 3 des Gesetzes gestellten drei Amendements, betreffend den Zeitungsstempel, wurden verworfen. Die Sitzung wurde darauf zu morgen vertagt.

Paris, 5. Februar, Morgens. Der "Constitutionnel" theilt einen Brief aus Budapest mit, welchem zufolge sich drei aus je 450 Mann bestehende bewaffnete Banden an verschiedenen Punkten des Fürstenthums gebildet haben. Es hat den Anschein, als wollten diese Banden, welche durch fremde Führer befahligt sein sollen, einen räuberischen Einfall in Bulgarien machen. Die rumänische Regierung trifft Vorbereitungen zur Entwaffnung dieser Banden und ist bemüht, durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, die beabsichtigten räuberischen Unternehmungen zu hinterreiben.

Amsterdam, 5. Februar. Die Niederländische Handelsgesellschaft hat auf den 18. Februar eine Auktion von 129,000 Sack Kasse angekündigt und gleichzeitig bekannt gemacht, daß in den bis August d. J. abzuholgenden Auktionen nicht über 500,000 Sack zum Verkauf kommen werden.

Bern, 5. Februar, Vormittags. Der preußische Gesandte, General v. Röder, wird morgen behufs Überreichung seiner Beauftragungsschreiben als Gesandter des Norddeutschen Bundes von dem Bundespräsidenten empfangen werden.

Florenz, 5. Februar, Nachmittags. Aus Civitavecchia wird die Ankunft von 3 französischen Transportdampfern gemeldet, um die zur Rückkehr bestimmten Kavallerie- und Artillerie-Korps an Bord zu nehmen. Es wird bestätigt, daß die zurückbleibenden Truppen die Stärke einer Division nicht übersteigen werden. — Odo Russell, der Geschäftsträger Großbritanniens beim heiligen Stuhle, hat sich mit einer Tochter Lord Clarendons verlobt.

Rom, 4. Februar. Der "Osservatore Romano" demeinigt die Nachricht, daß der Papst die italienischen Bischöfe angewiesen habe, ein Te Deum für die Siege der Kirche zu feiern. Dasselbe Blatt demeinigt ferner die Nachricht von einer in Rom bei Franz II. stattgehabten Zusammenkunft von Vertretern der depositirten italienischen Fürsten.

Paris, 6. Februar. Nach der "France" konfirirt Metternich gestern mit Monnier, und theilte diesem die Besorgnisse Österreichs wegen der Haltung gewisser Donaumonarchen mit. Die Presse hat Nachrichten aus Bulgarien, wo eine seit lange vorbereitete Bewegung dem Ausbruche nahe sei.

Le Havre, 5. Februar. Der Absatz des Besno ist stärker geworden. Er wirft Asche und Lavamassen aus; in vergangener Nacht verspürte man drei Erdstöße.

Petersburg, 6. Februar. Ein öffiziöser Artikel des Petersburger Journals weist die gegenwärtige Insinuation der ausländischen Presse zurück und betont den Werth der freundschäftlichen Beziehungen zwischen Russland und Preußen, welche viele Krisen und die Feuerprobe im Glück und Unglück überlebt. Diese Beziehungen guten Einvernehmen zwischen zwei großen Ländern seien das beste Pfand für den europäischen Frieden.

**Der Kongress Norddeutscher Landwirthe** wird, wie aus einem ziemlich lebhaft geführten Zeitungskriege hervorgeht, von dem preußischen Landes-Dekonomie-Kollegium nicht gern gesehen. Der Grund ist schwer zu errathen. Selbst wenn das Landes-Dekonomie-Kollegium, trotzdem dasselbe jetzt durch seine Verstärkung aus den neuen Provinzen an Bedeutung gewinnen muß, eine Verringerung seines Ansehens gegenüber dem Kongress zu fürchten hätte, so stehen doch wohl die beiden Körperschaften gemeinsamen Interessen hoch genug, um über dergleichen Rücksichten hinwegzuhelfen. Das Landes-Dekonomie-Kollegium ist, wie frei es auch seine Stellung aussaffen möge, immer eine Art Zwischenbehörde zwischen dem Minister der Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Vereinen, die wohl kaum je in erheblichen Widerspruch mit der Regierung und speciell diesem Ministerium treten wird. Es hat sich dies in neuester Zeit gegenüber der Frage der Aufhebung der Buchergesetze ganz evident gezeigt, in welcher das Kollegium unter dem Einfluß seiner freijen Mitglieder so überaus behutsam vorging, daß vielleicht noch heute sich nicht eine Majorität für die radikale Beseitigung jener Gesetze erläutert haben würde, wenn nicht die Regierung inzwischen selbst darüber eingetreten wäre.

Volle Unabhängigkeit dieser Behörde ist die erste Voraussetzung ihrer erspriesslichen Wirksamkeit, sie muß aber auch eine eigne Initiative haben. Ist der Zweck ihrer Existenz bloß der, auf Befragen seitens der Regierung Gutachten zu geben und zwar so, wie sie mutmaßlich dieser genehm sind, so thut der landwirtschaftliche Minister besser, sich, wie dies ohnehin häufig genug geschieht, mit den Vorständen der Central-Vereine in direkte Verbindung zu setzen. Von diesen wird er wenigstens immer Gutachten erlangen, in welchen die verschiedenen Gesichtspunkte, aus denen sich der Gege stand der Anfrage beleuchten läßt, zur Geltung gelommen sind.

Die Mitglieder des Kongresses erscheinen ohne Mandat in seinen Sitzungen, durch keinerlei Rücksicht gebunden. Es sind Landwirthe, welche das Selbstvertrauen haben, dort durch ihre Stimme die Lösung brennender Fragen der Landwirtschaft, denn solche werden wohl hauptsächlich dem Kongresse gestellt werden, fördern zu können. Mancher bedeutende Geist findet dort Gelegenheit, aus dem Dunkel zu treten und die Blicke der deutschen Landwirthe auf sich zu ziehen. Auch die Regierung ist in der Lage, sich, auf solche Kenntnis der Personen selbstständig und ohne Vorschläge aus den Provinzen abzuwarten, suchen zu können. Weit entfernt, daß dieser Körper durch den Kongress an ihrem Ansehen Abbruch geschehe, kann er ihr also vielmehr frische Kräfte zuführen und ihre Wirksamkeit steigern.

**Insurante** 1¼ Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Nur Eins ist für den weiteren Erfolg dieses ersten, vom 17. bis 22. Febr. tagenden Kongresses wünschenswert; das ist — daß er seine Zeit nicht mit fruchtlosen Debatten verliere, sondern seine Laufbahn mit einer That beginne. Und welche That könnte wichtiger sein, als die wenn auch nur annähernde Lösung der Frage, welche der Kongreß an die Spitze seines Programms gestellt hat — der Grund-Kreditfrage.

Zur Beurtheilung des Fortschritts, den dieselbe in neuester Zeit gemacht hat, liegt ein so bedeutendes Material vor, daß dem Kongreß zu einer gründlichen Prüfung und Sichtung kaum die Zeit bleibe wird. Er wird daher gut thun, sich an die Hauptfache zu halten. Aber wo liegt die Hauptfache?

Wir finden, daß alle in neuester Zeit gegründeten Boden-Kredit-Institute, Aktien- oder Aktien-Kommandit-Gesellschaften, darüber einig sind, daß, da die Beschaffung eines baaren Aktien-Kapitals für landwirtschaftliche Zwecke mit Schwierigkeiten verbunden ist, die Ausgabe von Hypothekenbriefen ein erwünschtes, ja fast unerlässliches Auskunftsmitittel bilde.

Auch über die Fundirung dieser Hypothekenbriefe sind die verschiedenen Gesellschaften, die bestehenden, wie die in der Bildung begriffenen, im Wesentlichen dahin einig, daß eine bestimmte Belebungsgrenze inne zu halten, und zwar bei ländlichen Grundstücken auf den 20fachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrags zu limitiren sei. Aber jeder Landwirth weiß, daß unsere Grundbesitzverhältnisse einen höheren, namentlich einen gesicherten persönlichen Kredit erfordern.

Was würde sich hiernach empfehlen?

Die Bodenkredit-Institute werden, wenn ihre Anlage nicht eine ganz verfehlte ist wenigstens, ohne zu große Mühe, ein Aktien-Kapital von einer Million aufzubringen vermögen. Im Besitze dieser sind sie gesetzlich berechtigt, bis zur Höhe von 10 Millionen kündbarer resp. unkündbarer Hypothekenbriefe auszugeben. Gelingt diese Operation, für welche selbstverständlich die angegebene Grenze des reinen Realcredits inne zu halten ist, so darf die Gesellschaft den größten Theil ihres baaren Kapitals dem Personal- oder gemischten Kredit widmen, also etwa in der Weise operieren, wie es schon jetzt die Posener Realcredit-Bank thut: Hypotheken-Lombarddarlehen geben mit ergänzender Sicherheit, welche in Wechseln bestehen kann. — Angenommen, die genannte Bank tritt, wie die General-Vermögensbank beschlossen, in cause dieses Sommers mit vorläufig einer Million Hypothekenbriefen hervor, so kann sie ihr Aktienkapital zum größten Theil in solchen sicherheitsergänzten Hypotheken anlegen und dem Personalkredit erhebliche Hülfe leisten.

Diese Operation aber ist nur einer Bank gestattet, die mit ihrem Publikum in enger Verbindung steht. Wir sprechen daher jedem Unternehmen, welches seine Geschäfte auf einen großen Umfang, etwa den ganzen preußischen Staat oder gar den Norddeutschen Bund ausdehnen will, jede Fähigkeit zur Förderung des Personalkredits, auf den wir ein großes Gewicht legen, ab.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus wünschten wir die Errichtung v. n. bloßen Provinzialbanken. Aber da tritt uns ein anderes Bedenken entgegen. Diese Institute werden sich mit ihren Papieren nur schwer den Weg zur Börse erkämpfen, ja vielleicht große Opfer bringen müssen für die Verbindungen, welche sich in den Großstädten ihnen bieten, auch vielleicht nicht die Erwartungen ihrer Aktionäre oder der Inhaber von Hypothekenbriefen zu erfüllen vermögen; denn es handelt sich darum, durch Vermittelung der Börse den Kurs ihrer Papiere zu behaupten.

Ein Institut im Mittelpunkt des preußischen Geldverkehrs, etwa Berlin, könnte dem Bedürfnis abhelfen, vorausgesetzt, daß jede Provinz oder die Mehrzahl der Provinzen des preußischen Staats eine auf analogen Grundzügen begründete Real-Kreditbank besäße, welche sich ins gesamt jenes Instituts für die Vertreibung ihrer Papiere bedienten. Vielleicht könnte dieses Institut selbst aus Delegirten dieser Provinzialbanken bestehen, um eine gleichmäßige Vertretung aller Bankinteressen herbeizuführen. Mit diesen Mitteln und bei entsprechend hohem Zinszog würden sich die Hypothekenbriefe möglicher Weise so gut al pari halten lassen, als Industriepapiere. Daß dies bisher nicht gethah, liegt zum Theil gewiß in dem mangelhaften Vermittelungsgeschäft.

Wir geben dies nur als eine Andeutung und behalten uns Weiteres vor, stellen dem Kongreß aber anheim, den Vorblag einer Prüfung zu würdigen, und, falls er selbst ihm nicht näher treten könnte, eine Kommission niederzusetzen, welche die Kreditfrage eingehend beräth, um, gestützt auf die Resultate dieser Beratung, den Grundbegriffen der einzelnen Provinzen für die Einrichtung von Hypothekenbanken nach einem allgemeineren Gesichtspunkte an die Hand gehen zu können.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 5. Februar. Bekanntlich ist ein höherer preußischer Beamter nach Petersburg entsendet worden, um auf die dortigen Tarifberathungen den durch die diesseitigen Interessen gebotenen Einfluß zu nehmen. Die Entsendung war auf ausdrücklichen Wunsch der russischen Regierung erfolgt. Wie jedoch jetzt bekannt geworden ist, kann jener Einfluß sich kaum irgendwie geltend machen, da der Vertreter der preußischen Handelsinteressen zu den Berathungen nicht zugezogen wird, auch Anträge, die er der Berücksichtigung empfiehlt, der Konferenz nicht vorgelegt werden!!

— Hinsichtlich des künftigen Schutzes der deutschen Nordsee-fischerrei haben wir, schreibt die "Kreis-Ztg.", schon berichtet, daß die Indienststellung eines Dampfskanonenboots zum Kreuzen an der

Nordseeküste zugesichert ist, dessen Kapitän mit den erforderlichen Instruktionen über die bezüglichen Gesetze, Ordnungen und Gebräuche versehen werden soll. Die „N. Hann. Ztg.“ meldet hierüber noch Folgendes: Auch die Frage, ob nicht zum Schutz des deutschen Gewerbes fremden Fischern die Annäherung an die Küste bis auf eine gewisse Entfernung zu verbieten sei, soll Gegenstand weiterer Erörterung der kgl. Staatsregierung sein. In Frankreich besteht ein solches Verbot bis auf eine Entfernung von 20 Faden für Fischer fremder Nationalität. Wie sehr von den englischen Fischern die bisherige Duldsamkeit der deutschen Regierungen gemisbraucht worden ist, erhellt aus eingegangenen Mitteilungen, wonach die Engländer sich nicht damit begnügt haben, an den deutschen Nordseeküsten ihr Gewerbe auszuüben und die Deutschen des eigenen Gewinnes wegen zu beeinträchtigen, sondern aus boshafter und muthwilliger Weise die unbrauchbaren kleinen Fische getötet und deutschen Fischern die Netze zerrissen oder gesucht haben durch Werken von Austerschalen und dergl. Schaden zuzufügen.

— Die Bedienungs-Mannschaften in den Feld-Artillerie-Regimentern sollen in ihrer Ausrüstung insofern eine Erleichterung erfahren, daß der schwerfällige Tornister durch einen leichten Manteljack ersetzt wird.

— Der Generals-Intendant der königlichen Schauspiele, v. Hülsen ist an Stelle des verstorbenen Generals der Kavallerie, v. Alvensleben zum Vorsitzenden des König Wilhelms-Vereins gewählt worden.

— Aus der Unterredung, welche der General Schurz mit dem Grafen Bismarck hatte, wird dem „Fr. J.“ folgende charakteristische Auseinandersetzung des Letztern mitgetheilt. Schurz sprach von der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer Revolution in Paris, und von dem Einfluß, den ein solches Ereignis auf den ganzen Gang der Politik in Europa haben müsse. Graf Bismarck gab zu, daß in vielen europäischen Staaten ein solches Ereignis nicht ohne Wirkung bleiben würde, stellte eine solche Wirkung aber für Deutschland und speziell für Preußen ganz entschieden in Abrede, und sagte dabei: Wenn in Paris Revolution ausbricht, so würde ich, falls sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, ohne Bedenken mit der ganzen Armee, stehendem Heer und Landwehr, das Land verlassen, es würde ganz ruhig bleiben!

— Der frühere Ministerpräsident Italiens, General Alfonso Ferrero della Marmora (Piemontese), hat einen offenen Brief an seine Wähler gerichtet, der auch für uns Interesse hat, weil in demselben mehrfach von Preußen gehandelt wird. Von Sr. Majestät dem Könige und dem Königlich preußischen Hause spricht der italienische Kavalier mit voller Verehrung; dem preußischen Heere zollt der italienische General die wärmste Anerkennung; über die preußische Politik aber äußert sich der italienische Staatsmann in einer Weise, welche mehr charakteristisch für seine politische Parteistellung als genau ist. Jedenfalls aber ist es interessant, seiner Auffassung zu folgen. Man höre:

„Rechtlichkeit und Aufrichtigkeit machen wir uns auch in den Unterhandlungen bezüglich unserer Allianz mit Preußen zum Grundsache. Schon vergangenes Jahr bemerkte ich Ihnen, daß ich bereits im Jahre 1861, wo ich mich nach Berlin begeben, das preußische Bündnis ins Auge gefaßt hatte, aus dem einfachen Grunde, weil Italien und Preußen ein gemeinsames Interesse hatten, Österreich zu besiegen, so lange dieses in Venetien stand. . . . Ein Bündnis mit Preußen gegen Österreich zum Zwecke der Eroberung Venetiens war jetzt unser dringendstes Interesse. Wir . . . uns daher mit dem preußischen Kabinett in Verbindung. Die Unterhandlungen waren lang, verwickelt und zwielichtig unangenehm. Trotzdem wußten wir von den Grundsätzen der Logik nicht ab, selbst als das ungerechte Mißtrauen Preußens und sein Widerstreben, uns Reciprocity zu gewähren, ein berechtigtes Gefühl des Unnuthes in uns erwachte. Während der Unterhandlungen dauerten die Rastungen auf allen Seiten fort. Die Großmächte schlugen Entwaffnung, später den Kongress vor. Die Diplomatie entfaltete große Thatigkeit; Österreich brachte am 26. April eine gegenseitige Entwaffnung zwischen ihm und Preußen in Vorschlag, um, wie es sagte, sein Heer in Italien auf den Kriegsfuß zu setzen.“

Wir wendeten uns natürlich an das Berliner Kabinett und stellten ihm die Wahrscheinlichkeit vor, von Österreich angegriffen zu werden. Da nun dieses behauptete, daß das abgeschlossene Schutz- und Truppenbündnis nicht für beide Theile gleichmäßig verbindlich sei, so hatten wir keine volle Sicherheit, daß Preußen an Österreich den Krieg erklärte, sobald dieses unsere Grenze überschritte. Während wir so ernst Gefahren gegenüberstanden, ward uns ein Vorschlag gemacht, wonach wir ohne Blutvergießen und ohne irgend etwas zu kompromittieren, alles erlangt hätten, was uns ein siegreicher Krieg gewähren konnte. Die Sache war ernst, ernst waren die Folgen. Doch zog ich nur mein Gewissen zu Rathe und zögerte nicht, die ganze Verantwortung für eine Ablehnung auf mich zu nehmen. Ich wollte an den abgeschlossenen Verträgen festhalten, und das Gefühl der Ehre und Pflicht überwog jedes andere in mir. Ich hatte meine Weigerung auch nie zu bereuen.“

Danzig, 4. Februar. S. M. Schraubenkorvette „Arcona“ legte gestern Nachmittag 3½ Uhr aus dem Klawitterischen Dock, in

welchem das Schiff sich beufs gründlicher Reparatur seit 5 Monaten befunden hatte. Während dieser Zeit waren täglich durchschnittlich 300, mehrere Wochen hindurch 400 Arbeiter bei dieser Reparatur beschäftigt und doch sind nur die Arbeiten unter der Wasserlinie an den Schiffswänden inkl. der Kupferung ganz fertig. Die Arbeiten über der Wasserlinie, sowie die im innern Schiffsräum, auf dem Deck, die Renovation der Pulverkammern, Kleiderkisten u. dgl. sollen erst in Angriff genommen werden, oder werden in nächster Zeit vollendet. Wenn bis zum Krahn der königl. Werft aufgeejtet ist, womit seit gestern Morgen ca. 40 Mann beschäftigt sind, so legt die „Arcona“ unter denselben, um die neuen Kessel einzunehmen, von denen zwei bereits hier sind, zwei aus Belgien erwartet werden. Ende Mai soll die Korvette in Dienst gestellt werden und sodann an dem in Aussicht genommenen Seemanöver preußischer Schiffe Theil nehmen. Die „Arcona“ ist die erste Schraubenkorvette der preußischen Marine und lief 1857 hier vom Stapel.

Frankfurt a. M., 4. Februar. Die Hamburger Vereinsbank bringt morgen in Gemeinschaft mit den Häusern Haller, Soehle und Kompagnie in Hamburg und von Erlangen und Söhne in Frankfurt a. M. eine neue Sprozent. Finnlandische Anleihe an den Markt. Der Emissionspreis ist 96½ in Hamburg und 97½ in Frankfurt a. M.

Görlitz, 4. Februar. Zur Feier des 50jährigen Bestehens des sächsischen Fußst.-Regiments Nr. 38 fand gestern Vormittag auf dem kleinen Exercirplatz eine Parade des hier garnisonirenden Bataillons des Regiments statt, wobei der Regiments-Kommandeur, Herr Oberst v. Neumann, eine angemessene Ansprache hielt. Mittags wurden die Mannschaften des Bataillons gespeist und Abends vereinigten dieselben sich zu Bällen im großen Saale der Societät, im Tivoli und in Stadt Prag, auf denen auch die Offiziere erschienen. Heut trafen die Offiziere der anderen beiden, in Hirschberg und Zauer garnisonirenden Bataillone des Regiments und eine Zahl von Ehrengästen ein, von denen Letztere besonders der Kommandeur des 6. Armeekorps, General-Lieutenant v. Lümping Excellenz, der Kommandeur der 11. Division, General-Lieutenant v. Gordon, der Kommandeur der 22. Infanterie-Brigade, General-Major v. Hoffmann, sämmtlich aus Breslau, sowie der frühere Kommandeur des Regiments, General-Major v. Böhme, und der frühere Kommandeur des 1. Bataillons, Oberst v. Knobelsdorff, zu erwähnen sind. Die Ehrengäste und Offiziere vereinigten sich in braunen Hirsch zu einem Diner, in welchem auch die Spitzen der hiesigen Behörden, Vertreter des Magistrats, der Geistlichkeit und der Kommunalstände Theil nahmen. Zu der am Abend im Stadttheater stattfindenden Festvorstellung haben die städtischen Behörden das Eintrittsgeld für sämtliche Mannschaften des Bataillons bezahlt.

#### Bereinstäglichkeit für Ostpreußen.

Berlin, 5. Februar. Ihre Majestät die Königin hat an das Comité des Bazars zur Milderung des Notstandes in Ostpreußen folgende Antwort auf dessen Schreiben ertheilt, durch welches die bisherigen Erträge dieses Unternehmens Alerhöftih zu Verfügung gestellt werden:

„In Erwidderung des Schreibens, welches Sie im Auftrage des gesammten Comités an Mich gerichtet haben, danke Ich Ihnen, so wie Allen, welche den Bazar für die Notleidenden in Ostpreußen zu einem so großartigen Erfolge verholfen haben, mit dem Gefühl der warmen Anerkennung, welche der ersten Bedeutung unserer gemeinsamen Aufgabe entspricht. Ich werde die eingegangene Summe von 52,000 Thlrn. und die noch in Aussicht stehenden Beiträge dem Osterländerischen Frauenverein mit der Bestimmung überweisen, daß über ihre Verwendung in den nächsten 3 Monaten gleichmäßig verfügt werde. Die allseitige Bereitwilligkeit, mit welcher unter Unternern unterstutzt wurde, beweist von Neuem, wie das wahre Mitgefühl im In- und Auslande das deutsche Bewußtsein verbindet und bei entscheidender Veranlassung seine volle Kraft bewahrt.“ Berlin, den 5. Februar 1868.

An die Vorsitzende und die Stellvertreterin des Comités für den Bazar zum Besten der Notleidenden in Ostpreußen, Frau Ida v. Patow und Frau Luise Borstig hierbei.

— Se. Majestät der Königin hat für die im Bazar angelauften Gegenstände die Summe von 3500 Thlrn. bezahlt.

— Der Auschluß des Hilfsvereins für Ostpreußen veröffentlicht das sechste Gabenverzeichniß, wonach die Summe der bis zum 31. Januar eingegangenen Beiträge 368,147 Thlr. 17 Spr. 7 Pf. beträgt.

— Die „Provinzial-Korrespondenz“ schreibt: „Nach mannigfachen Beichten aus Ostpreußen ist nicht zu verkennen, daß die Haltung eines großen Theils der öffentlichen Blätter einen überaus schädlichen Einfluß auf die Stimmung der Bevölkerung ausübt, indem dieselben eines Theils Mißtrauen gegen die Behörden, anderer Theils übertriebene Ansprüche erzeugen. Diese Blätter nehm von der Thatigkeit der Behörden gesellschaftlich entweder überhaupt nicht Notiz und stellen die Noth in den grellsten Farben, daneben die Behörden als unthätig und theilnahmlos dar; oder es wird ihre Wirklichkeit der schärfsten und ungerechten Kritik unterworfen, die ihren guten Willen und ihre Fähigkeit der Noth nach Kräften zu steuern, bemängelt und leugnet.“

Die Darstellungen entspringen theils der Unkenntniß der dortigen Verhältnisse, theils einer unverkennbar böswilligen Absicht.

Die politischen Agitatoren benutzen mit unerhörter Dreistigkeit das bedachtliche und aufbrausende des litthausischen Charakters, um die Bevölkerung durch fortgesetzte Schmähungen und Verdächtigungen gegen die Maßnahmen der Staats-Behörden einzutragen und durch Ermutigung zu übertriebenen Forderungen an sich heranzutreten. Die Frucht dieser Wühlerieen treten schon nicht selten klar zu Tage und viele Arbeiter nehmen die Gelegenheit zum Erwerb nicht mehr wahr, in der Erwartung, daß die Staatsregierung sie unter allen Umständen zu erhalten habe, auch ohne, daß ihrerseits eine Gegenleistung erfolgen müsse.

Hierdurch muß der an und für sich schon bedauerliche Notstand unzweifelhaft gesteigert werden.

Die Regierung hat im Verein mit allen Schichten des Volkes ihre lebhafte Theilnahme für die notleidende Provinz auf jede Weise betätigt und wird von ihrer ernsten und wirksamen Fürsorge auch ferner voligste Beweise geben.

Während es aber dringend erforderlich ist, die allgemeine Fürsorge für die Notleidenden fort und fort anzuregen und zu beleben, ist es nicht minder Pflicht, jener verwerflichen Ausbeutung des Notstandes für politische Zwecke entgegenzutreten.“

— In Rhein hat das rapide Umschreiten der Typhusseuche nachgelassen. — In Bartenstein mehrt sich die Zahl der Kranken. Auch sind dort die Gefängnisse derart überfüllt, daß man Gefangene in die Nachbarstädte hat schicken müssen.

— In dem Dorfe Stolbeck bei Tilsit kam es am 28. v. M. zu unruhigen Aufritten, als Losleute und arme Handwerker von den wohlhabenderen Besitzern Lebensmittel erzwingen wollten. Den aus der Stadt schleunigst requirirten Polizeibeamten gelang es, die Ruhe bald herzustellen.

— Aus Königsberg berichtet der „Gr. Ges.“: Die Zahl der Subsistationswacht der Art, daß man die Gitter in nächster Zeit für Bagatellen nicht laufen können. Die Mühlensetzung in der Stadt Heilsberg — wofür gleichfalls der Notstand entstellig ist — nach der Pinnauer die größte in der Provinz, die vor wenigen Tagen noch von Boller an Pahn für 100,000 Thlr. verkauft, zuletzt mit 82,000 Thlr. (5000 Thlr. Pachtträge) torxit war, wurde am 31. d. J. im Wege der Subsistationsstation für 50,000 Thlr. erstanden! — Bei kleinen Darlehen müssen die Notleidenden 50 pf. Zinsen zahlen! — Unter der Schuldhafte während der Zeit des Notstandes zu sorgen, damit die Schuldhafte gefangen ihre Familien ernähren und der Verbreitung der Typhus-Epidemie entgegenstehen.

— Mehrere der von hier nach der Provinz gesendeten Hülfsärzte sind der Typhuspest bereits erlegen; andere sind aufs Siechbett geworfen. — Wie in der Provinz so hier in deren Hauptstadt Stadion von Handel und Gewerbe, Konfiske und Subsistations, Ausreisereien, Prozesse ohne Ende, Exekutionen und Widergeschehnisse, Schwund, Diebstahl, Betrug und Raub. Die Armen stehlen, was nicht mett- und nagelfest ist, und man wundert sich noch kaum darüber. „Noth bricht Eisen.“ — In der Provinz geht's noch viel schlimmer zu; dort werden die Brücken und Geländer, die Bäume von den Gärten, die Löden von den Fenstern, die Städte von den Kirchhöfen und Gräbern abgerissen, um in den kalten Ofen, um auf den Feuerherd zu wandern, mitunter nur — um eine verhungerte Raps zu rösten!

#### Großbritannien und Irland.

London, 31. Januar. Vor dem Central-Kriminalgerichtshof erschien gestern Goslar Biflor, der Erfinder der Geschichte von einem beabsichtigten Attentat eines Hannoveraners auf den König von Preußen, unter Anklage der Verlämzung gegen Baron Blome, den früheren hannoverschen Gesandten allhier:

Für Baron Blome erschien als Anwalt Mr. Lewis. Der Angeklagte führte seine Vertheidigung selbst. Biflor hatte, so lautet die Anklage, der preußischen Gesellschaft vorgezeigt, ein gewisser Emrich, Mitglied der preußischen Gesellschaft hier selbst, wollte den König von Preußen ermorden und habe zu diesem Zweck Anfaue in Ostasiatische Bomben gemacht. Mr. Anstifter oder Mitwirker bezichnete er den obengenannten, früheren hannoverschen Gesandten und einen Kaufmann Kniep und gab über diese Angaben bei der preußischen Botschaft eine schriftliche Erklärung ab. Als Grund seiner Denunciation gab er vor, er fühle sich in seinem Gewissen verpflichtet, ein so schwäres Attentat zu verhindern. Die im Ganzen nicht schlecht erinnerte Erzählung wurde von hier nach Berlin telegraphirt und zugleich ein Beamter der Polizei auf die Bühre gesetzt, der in Kurzem die zu mal über den Attentäter Emrich gemachten Mithellungen als halbos entdeckte und den Verleidner statthabt zur Haft brachte. Die Verleidungsklage vor dem Geschworenengericht nun gründete sich hauptsächlich auf die bei der preußischen Botschaft niedergelegte Darstellung, zu welcher der preußische Botschafter Schröder, Sekretär Baron Schmidhals und der Kammerbeamte Reit als Zeugen geladen waren. Baron Blome seinerseits erklärte, nie gegen den König von Preußen selbst konspirierte, noch andere durch Geld oder auf andere Weise bei Verschwörungsprojekten unterstützt zu haben. Eine Person des Namens Emrich sei ihm vollständig unbekannt und habe er auch Niemand, auf den die gegebene Beschreibung passe, Geld gegeben. Gegenüber diesen Aussagen hieß der Angeklagte bei seinen früheren Aussagen und behauptete deren Wahrheit. Er habe nach Pflicht und Gewissen gesagt, was ihm bekannt gewesen, ohne zu denken, er könne darüber mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Von Geburt sei er Pole, 1863 bei der Insurrektion thätig gewesen und habe 13 Gefechte damals mitgemacht. Schließlich gefangen genommen, sei er nach mehrmonatlicher Haft nach England gekommen, um Englisch zu lernen, und sei erst von einem hochstehenden Herrn unterstützt worden, der indessen jetzt gestorben sei. Seitdem verdiente er sein Brod, indem er Stode

Nun bringt das Repertoire eine klassische Oper, die Sänger und Sängerinnen, welche drei bis vier Wochen an einem elenden Machwerk von Offenbach studiren müssen, sollen wo möglich mit einer oder zwei Proben das unsterbliche Werk eines edlen Meisters fertig liefern. Bei solchem alten Kram darf man sich nicht lange aufzuhalten. Aber was bekommt man da alles zu hören! In vielen Dilettantenkreisen werden die einzelnen Nummern einer klassischen Oper korrekt gesungen, als auf den meisten Theatern. Ob ein Doppelschlag, ein Mordant, eine diatonische oder chromatische Tonleiter rein gesungen wird, oder der Sängerin in der Kehle stecken bleibt, darauf achtet das Publikum nicht mehr. Die Sänger und Sängerinnen, denen z. B. die übermäßige Sekunde der abwärts gehenden Mol-Tonleiter nicht ein unübersteigliches Hindernis ist, gehören schon zu den Seltenheiten. Warum sollen sie es können, es wird ja nicht verlangt, eine starke Stimme bedeckt alle musikalischen Fehler und Geschmacklosigkeiten. Die gefällige Kritik erschöpft sich in Lobhudeleien einzelner Lieblinge und bestärkt dieselben in dem Glauben, daß sie etwas können.

Den ersten Anstoß zum Verfall der Gesangskunst auf dem Gebiete der Oper haben die Komponisten gegeben, die Menge folgte nach, indem sie grobe Verstöße gegen die Schönheit applaudierte und zu noch gröberen herausforderte.

Seit Meyerbeer in genialer Weise danach strebte, mit dramatischer Musik auf die Massen zu wirken, seit Verdi und seine Vorgänger mit ihrer Melodie und Rhythmus den Sinnen schmeichelten, seit Wagner mit unendlicher Mühe Kunst über Kunst anwandte, um neue dramatische Ausdrucksmittel zu finden, seitdem schreibt sich der Verfall der Gesangskunst.

Das einzige, mit so vieler Mühe gefundene neue Ausdrucksmittel, welches sie anwendeten, war kein musikalisches, es war ein Zwangsmittel für die Sänger und Sängerinnen, ihre Stimmen an den äußersten Grenzen anstrengen und zu forcieren. Dadurch wurde für die Kunst nichts erreicht, wohl aber dem Gesange Schaden zugefügt.

#### Über den Verfall der Gesangskunst!

Man hört so häufig von älteren Leuten die Behauptung aussprechen, in früheren Zeiten habe es viel bessere Sänger und Sängerinnen gegeben, als heut zu Tage. Wir haben es dann wohl zuweilen verachtet, die besten unserer jetzt lebenden Künstler und Künstlerinnen, früheren Koryphäen, die uns nur dem Ruf nach bekannt geworden, zur Seite zu stellen, und dadurch diese ausgesprochene Behauptung zu widerlegen. Eine alte Erfahrung sagt, daß der Mensch in späteren Jahren sehr häufig Erinnerungen an Kunstgenüsse, die aus der Jugendzeit her sich seinem Gedächtnisse eingeschrieben, überhäupte, indem er sie noch in dem rostigen Lichte der Zeit betrachte, da er freier von Vorurtheilen, mit empfänglicherem Herzen, und voller Illusionen, Alles dankbarer in sich aufnahm, was sich ihm schönes darbot.

Bei näherer Untersuchung jener oben angeführten Behauptung indessen, muß man ihr doch einige Berechtigung einräumen.

Es sind hauptsächlich zweierlei Uebelstände, welche der Fortschritt der Zeit für die reproduzierende Kunst des Gesanges hervorgebracht hat, die wohl geeignet sind, die Stufe der Vollkommenheit auf welcher die Kunstleistungen früherer Zeiten standen, unerreichbar zu machen.

Soweit es uns hier der Raum gestattet, wollen wir versuchen, in Kürze die Resultate unserer Untersuchung dem allgemeinen Interesse darzulegen.

Die beiden hindernden Uebelstände, welche die Gesangskunst gefährden, sind erstens: die Richtung, welcher sich die moderne dramatische Musik hinneigt; zweitens: die mangelhafte musikalische Erziehung unserer heutigen Sänger und Sängerinnen, sowie der Mangel an guten Gesanglehrern, welche im Stande sind, ihnen die nötige Vorbildung zu geben. Woher dieser Mangel an guten Lehrern.

Diese Frage ist sehr leicht beantwortet.

In der guten, alten Zeit, als noch nicht jede kleine Provinzialstadt eine Bühne hatte, und die begünstigten Städte, welche sich

mache; er sei überhaupt kein Schwindler und habe bei dem hier in Frage stehenden Anlaß keine betrügerische Absicht gehabt. In seinem Résumé sprach der Richter gegen die zur Hälfte aus Ausländern bestehende Jury seine Überzeugung von der Schuld des Angeklagten aus und die Geschworenen schlossen sich mit ihrem Verdikt „Schuldig“ dieser Ansicht an. Baron Bloom erklärte für seine Person mit der Erreuerklärung zufrieden zu sein, und da die Jury zum Theil der Ansicht war, daß gegen den Kläger keine böswillige Absicht vorliegen, so äußerte der Richter seine Absicht, den Angeklagten straflos zu entlassen, wenn er seine Angaben zurücknehmen wolle. Dazu war indessen Vittor nicht bereit, nur die böswillige Absicht stellte er in Abrede und behauptete sonst in gutem Glauben gehandelt zu haben, maura der Richter den Urteilsspruch bis zur nächsten Session aufschob, den Angeklagten ins Gefängnis zurückzuführen ließ und ihm riet, sich bis dahin die Sache zu überlegen.

**London.** 3. Februar. Es war ein furchtbarer Sturm, verbunden mit gewaltigen Regengüssen, der am Sonnabend in der Hauptstadt und über das ganze Land hin wütete. Dass er stolze Eichen, Ulmen und Buchen in unserer Nähe und in dem Park von Windsor entwurzelte, Telegraphendrähte zerriß, Fensterscheiben in Uazahl zertrümmerte, war sein geringster Schade: wenn er nur nicht so viele Menschenleben hingerafft hätte. In einer Fährerei wurden durch einen herabstürzenden hohen Rauchfang drei Arbeiterinnen erschlagen und mehrere verletzt; in der City brach ein Klumpen von Schornsteinen durch das Dach eines Hauses, tödete ein Kind und verwundete andere Personen. Auf der Themse fuhr der Sturm mit unheilvoller Gewalt unter den Schiffen und Fähren her, Fahrzeuge gingen unter und sechszen bis achtzehn Leute sollen ertrunken sein. An Überschwemmungen litt hauptsächlich der Norden und Westen Englands. In und bei Leeds rissen die Wellen des hoch angehöhlten Ridd Häuser, Stallungen und Scheunen fort, und es soll auch eine erhebliche Zahl von Menschenleben zu beklagen sein.

In Wales ereignete sich ein beklagenswerther Unfall auf der Bahngleise zwischen Newtow und Llanidloes in der Grafschaft Montgomery, wo der Severn drei Mal überbrückt ist. Unter einem glücklicher Weise nur wenige Menschen führenden Zug brach die Brücke bei der Station Gaersos, Lokomotive, Tender und zwei Viehwagen stürzten in den Fluss. Selbst ein Hindernis bildend, hemmten die aufgehürrten Waggons den folgenden Theil des sich ohnehin langsam bewegenden Zuges, und die Fahrgäste, meist Viehtriebler, wurden gerettet. Der Maschinist aber war, zwischen Lokomotive und Tender gelammt, ertrunken, während der Heizer, vornübergestürzt, von der auf ihn fallenden Last in das Fluszbett hineingedrückt worden war und natürlich sofort seinen Tod gefunden hatte. Wäre das Unglück dem wenige Stunden später stattgefundene Marktzug zugeschlagen, der Verlust an Menschenleben würde furchtbar gewesen sein. In England wird so oft über die Brücken indischer Eisenbahnen Klage geführt, und allerdings mit Recht; es scheint aber, daß man auch auf der eigenen Scholle diesen Punkt näher ins Auge fassen sollte.

Aus Bombay vom 14. Januar berichtet man, daß die dritte Brigade Befehl erhalten habe, nach Zillah abzuziehen. Bisher sei der Mangel an Transportschiffen ein Hindernis der schnelleren Beförderung gewesen. Durch Schaden gewizigt, hat die Verpflegungs-Kommission in Bombay große Vorräte wärmerer Kleider für die Truppen in Sanasch, wo es recht kalt ist, angekauft. Aus Kalkutta vom 6. Januar wird von einem Kampfe zwischen den britischen Truppen und einer Insurgentenbande von Wagheer berichtet; letztere wurde zwar in die Flucht geschlagen, die Engländer aber verloren zwei Offiziere.

## Frankreich

**Paris.** den 3. Februar. Der Papst hat den Karmeliterpater Bauer, der durch seine Predigten seit Anfang des Winters so großes Aufsehen gemacht hat, zum Protonotarius des Apostolischen Stuhls ernannt. Man verichert, daß diese Ernennung auf Bitte der Kaiserin Eugenie erfolgt sei. Das Kollegium der Protonotarien besteht aus 12 und mehr Klerikern, welche die Leitung der Kanonisations-Prozesse, die Abschaffung der Testamente von Kardinälen und mehrere andere bestimmte Geschäfte haben. Die Protonotarien stehen sehr hoch in der Hierarchie, sie sind Prälaten, heißen Monsignori, tragen eine violette Soutane, violette Strümpfe, einen bishöflichen Ring, einen rothen Hut mit sieben Quasten (der Kardinalshut hat deren dreizehn), haben Sitz in der päpstlichen Kapelle und Einige von ihnen begleiten den Papst stets, wenn er die Stadt verläßt. Es ist also gewiß eine große Auszeichnung, welche dem berühmten Kanzlerredner zu Theil geworden ist; die boshaften Pa-

Den letzten Stein auf das gesunde Urtheil und den guten Geschmack des Publikums warf Offenbach mit seinem Grundatz: die Musik ist da, um Geld damit zu verdienen. Der musikalische Bajazzo ist jetzt der Liebling des größten Theils der Theaterbesucher, der kleinere Theil der Gutgesinnten lebt in Erwartung auf bessere Zeiten.

Wir lassen den Bajazzo wohl auch manchmal gelten, wenn er nur nicht immer wieder dieselben Sprünge mache.

Wenden wir uns nun einem anderen Gebiete der Gesangsliteratur zu, auf welchem namentlich für den Dilettantismus weit erfreulichere Resultate erzielt wurden.

Am Schlüsse jener glänzenden Epoche, in welcher durch Gluck, Haydn, Mozart und Beethoven die musikalischen Ausdrucksmitte aufs Edelste er schöpft wurden, erfand Franz Schubert die Form des deutschen Liedes, und wurde so der Begründer einer musikalischen Literatur, welche bis auf unsere Zeit sich zur höchsten Vollendung herausbildete. Mit dem Erwachen der deutschen Lyrik, welche in den Goethe'schen Liedern den ersten Ausdruck fand, und in Heinrich Heyne die größte Gedankenfülle in der knappsten Form konzentrierte, ward auch die Form gefunden für neue musikalische Ausdrucksmitte. Das deutsche Lied bildete sich zu immer größerer Bedeutung heraus, und wurde für eine Zeitepoche, in welcher die dramatische Musik vergebens nach Entwicklung strebte, zur einzigen Kunstsprache, welche einen wirklichen Fortschritt herbeiführte. Wer sich für die funktionsgeschichtliche Entwicklung des Liedes interessirt, dem empfehlen wir August Neizman's vorzügliches Werk „Das deutsche Lied“, Berlin bei T. Trautwein, sowie über Entwicklung der dramatischen Musik, dessen früher erschienenes Werk „Von Bach bis Wagner“, welches einen kritischen Überblick auf eine weit größere Zeitepoche bietet.

Wir haben es hier nur mit der Gesangskunst zu thun, mußten jedoch diese wenigen Daten unserer Betrachtungen zu Grunde legen, um desto deutlicher den Einfluß zu zeigen, welchen das Lied auf die Gesangskunst auszuüben im Stande ist.

Während die Bestrebungen der neueren Opern-Komponisten

rifer aber moquieren sich darüber, daß ein unbeschuhter Karmeliter plötzlich Strümpfe und noch dazu violette Strümpfe trage, während er sich bis dahin mit Sandalen begnügt habe. Sie versichern, daß der Diener Bauers auf jede Frage nach dem Pater, oder dem Abbé mit imperturbalem Gleichmuth antwortete: „Monseigneur ist ist ausgegangen!“ oder „Monseigneur wird Sie empfangen!“ Auch soll der neue Protonotarius am letzten Sonntag in der Himmelfahrtskapelle der Versammlung die Bedeutung seiner Würde erläutert haben. Und warum denn auch nicht? Aber die französische Elitelkeit hat nun einmal einen neidischen Zug; so sehr jeder nach Auszeichnungen giert, so wenig gönnst er sie Andern, und kommt nun noch eine politische Gegnerhaft hinzug, so braucht der, welchem eine Auszeichnung zu Theil wurde, für Hohn und Spott nicht zu sorgen. Herr Bauer aber steht in hohen Gnaden bei Hofe, er gehört zur „Spanischen Partei“ (so nennt man nämlich die allerdings eifrig katholischen Umgebungen der Kaiserin Eugenie), Grund genug zum Gross für die Gegner.

— Die „Liberte“ schreibt: „Seit einiger Zeit wird die Königin Victoria von fürstlichen Familien Europas als die Erbin des Ansehens betrachtet, dessen früher König Leopold von Belgien genoss. So findet man sie denn bei den meisten Familien-Angelegenheiten der mehr oder minder regierenden Dynastie beteiligt. Sie war es zum Beispiel, welche die Heirath des Grafen von Glandern mit der Prinzessin von Hohenzollern, der Schwester des Fürsten Karl von Rumänien, vermittelte. Man versichert uns aber, daß die Königin nicht immer glücklich ist in ihren Versuchen dieser Art. Sie soll vergebens bei der fürlischen Familie von Hohenzollern, welche in Düsseldorf residirt, die Hand des Prinzen Friedrich, jüngsten Bruders des Fürsten Karl von Rumänien, für eine Prinzessin aus dem Hause Orleans erbeten haben. Wir glauben zu wissen, daß diese Begeisterung zur hauptsächlichen Ursache die Freundschaftsbande gehabt hat, welche gegenwärtig die Familie Hohenzollern mit der regierenden Dynastie von Frankreich verbinden.“

## Italien.

— Es mag als eine seltsame Anomalie angeführt werden, daß außer dem Großsultan der Papst der einzige Monarch in Europa ist, an dessen Hofe Eunuchen gehalten werden. Zwar versichern die Römer selbst, daß die unmenschliche Operation niemals auf Veranlassung der Regierung, sondern von armen Landleuten im Gebirge gemacht werde, die ihren verstümmelten Söhnen vielleicht ein reichliches Einkommen zu verschaffen hoffen; allein die Sache bleibt dieselbe, so lange man sich nicht entschließen will, die Soprane und Alte in der päpstlichen Kapelle mit Knabenstimmen zu besetzen. Dies würde jedoch, wie ein alter erfahrener Römer mir mit einem sehr bezeichnenden Zwinkern des rechten Augenwinkels versicherte, andere sehr erhebliche fittliche Nachtheile mit sich bringen.

— Die Bücherei darf erstreckt sich nicht nur auf alles Gedruckte, sondern auch auf die deutschen Inschriften der protestantischen Leichensteine an der Pyramide des Gestus. Der Ausdruck: Hier ruht in Gott, wird immer gestrichen, vermuthlich aus dem Grunde, weil die Protestanten doch nicht den rechten Gott haben können; dagegen ist es erlaubt zu sagen: Hier ruht in Frieden. Die Kongregation der verbotenen Bücher versammelt sich alle vier Wochen und hat alle Hände voll zu thun, um die vielen Schriften zu verdammten, die in dem benachbarten Italien fortwährend gegen die weltliche Herrschaft des Papstes gerichtet werden. Der Index der verbotenen Bücher, welcher schon jetzt einen ansehnlichen Band bildet, muß daher bald zu einer solchen Tiefe anschwellen, daß es viel wohlfreier wäre, ein Verzeichniß der erlaubten Bücher herauszugeben, welches wahrscheinlich sehr kurz ausfallen würde.

## Rußland und Polen.

**Warschan.** 3. Februar. Wiederum ist in einem kaiserlichen Utaß das Königreich Polen nicht mehr als solches bezeichnet, und dadurch ist dieses Land amtlich zu einer in Russland annexirten Provinz degradirt. Der Utaß nämlich vom 31. Dezember, abgedruckt im amtlichen „Dzienn. Warsz“ vom 2. Februar, hebt die bisher im Königreich Polen bestandenen Vorschriften für die Aufnahme von Ausländern als Unterthanen des Kaisers auf und führt hierin für die Gouvernements Warschau, Kalisch, Kielce, Lomza, Lublin, Pietrkow, Plock, Radom, Siedlec und Suwalki dieselben Vorschriften ein, welche im übrigen Kaiserreich verbindlich sind.

der Entwicklung der Gesangskunst hinderlich waren, und ihren gänzlichen Verfall herbeizuführen drohen, gab das deutsche Lied dem Dilettantismus Gelegenheit, eine höhere Stufe der Ausbildung zu erreichen. Die Pflege des Gefanges im Haus, in der Familie ist jetzt mehr als früher Bedürfniß geworden. Welche Nation könnte sich wohl rühmen, über eine so reiche Gesangs-Literatur zu verfügen, deren Hauptfachliche Interpreten, Schubert, Mendelssohn und Schumann, mit Recht die modernen Klassiker genannt werden. Und doch, wie wenig wird im Allgemeinen dieser Reichthum benutzt! Nur einzelne der herrlichen Schöpfungen dieser Meister dringen in Haus und Familie ein, und werden oft wieder verdrängt durch Rücken, Abt und Gumbertsche Plattheiten. Hier führen wir wieder den Mangel einer guten musikalischen Erziehung, den Mangel an guten Gesang-Lehrern, die im Stande sind, den Sinn für das wahrhaft Schöne zu wecken und durch eigenes Können belebend zu wirken. Freilich wird ohne vorhergegangenes Studium auch nichts erreicht. Eine solgfältige Bildung und Erziehung der Stimme ist durchaus nötig, um selbst das kleinste Lied mit einiger Vollendung vorzutragen. Es ist nicht grade hervorragendes Talent erforderlich, auch keine große Stimme, um geschickt singen zu lernen, sondern nur etwas Fleiß, und Lust und Liebe zur Sache, unterstützt allerdings durch die Hülfe eines gesangskundigen Lehrers.

Es bleibt uns nun noch übrig, der Pflege des Gesanges in Gesangvereinen zu erwähnen, soweit solche Bezug haben kann auf Förderung der musikalischen Bildung; denn eine gesangliche Bildung erreicht man in solchen Vereinen eben so wenig, als man auf Konservatorien singen lernt. Hier ist das Hauptaugenmerk immer nur auf das Zusammenspielen der Massen gerichtet, während für die Ausbildung und Erziehung der Stimme durchaus Privatunterricht erforderlich ist.

Wir wollen unter den Gesang-Vereinen recht gern diejenigen gelten lassen, in denen gemischter Chorgesang gepflegt wird, die Männergesang-Vereine und Liedertafeln müssen wir indessen als verderblich bezeichnen. Die gemischten Gesang-Vereine bieten Gelegenheit, größere Werke großer Meister zu studiren, und uns mit

Das Königreich Polen ist also hier gar nicht genannt und sein Territorium, anstatt mit zwei Worten bezeichnet zu werden, durch 10 ausgedrückt, welche eben besagen sollen, daß dieses Territorium nichts weiter ist, als nur Gouvernement des Kaiserreichs.

Uns unserer Vorste haben sich für die russischen Boden-Kreditbriefe gar keine Zeichner gefunden. Ausländischen Capitalisten dürfte es wohl weniger bekannt sein, was man hier sehr gut weiß, daß diese Kreditbriefe gar schwach sind. Russland hat nämlich gar keine Hypothekenbücher, so daß man nicht im Stande ist, darüber Sicherheit zu haben, ob Darlehen des Boden-Kredits, wenn einmal solche Bücher geformt werden und eine Eintragung der Schulden nach ihrer Priorität stattfinden wird, zur ersten Stelle zu stehen kommen werden. Im Königreich Polen ist im Jahre 1826 der Emission von Pfandbriefen eine beinahe mustergültige Hypotheken-Regulirung vorausgegangen, in Russland soll sie dem Kredit erst nachfolgen. Daß dies nicht sobald geschehen wird, ist einleuchtend, und bei vielen Gütern werden nicht andere frühere Schulden ihr Vorrecht behaupten! Freilich soll die Regierung die 5 p.C. Zinsen garantiren; dann aber stehen die Bodenkreditbriefe in einer Reihe mit den russischen, ebenfalls 5 p.C. tragenden Staats-Anleihen, welche 70—72 p.C. stehen. Auch ist die Sicherheit der Kredit-Erzielungen dadurch gefährdet, daß in den litauischen Provinzen, um den Nebergang der Güter in russische Hände zu erleichtern, die ertheilten Kredite beinahe dem Werth der Güter gleichkommen. — Der Anfang der Vorträge in russischer Sprache an der hiesigen Hochschule macht viel böses Blut unter der Jugend. Die russischen Blätter enthalten sich noch der Besprechung der Koplowitschen Vorträge. — Die Grafen Th. Samoyski, J. Wielopolski und Ostromski sollen mittelst des Telegraphen nach Petersburg berufen sein; zu welchem Zwecke, ist im Publikum nicht bekannt.

## Vom Landtage.

### 43. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 5. Februar. Die Sitzung wurde um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr durch den Präsidenten eröffnet. Das Haus ist mäßig besetzt, ebenso die Tribüne. Am Ministerialv. d. Kredit und mehrere Kommissare.

Abg. v. Sachsen-Julien felde nimmt aus einer gedruckten Erklärung des Finanzministers Anlaß, seine jüngst bezüglich des Rothstandes in Ostpreußen aufgestellten Behauptungen aufrecht zu erhalten. Die Erklärung des Finanzministers verläuft Angiffe gegen die Forstverwaltung im Bezirk Gumbinnen zu entkräften, welche durch ihre Maßnahmen den Rothstand vergrößert haben soll. Auf der Tagesordnung steht, wie gestern, der Provinzialfond für Hannover.

Die gestern vertagte General-Diskussion wird eröffnet.

Der Regierungs-Kommissar Kuster bemüht zunächst, daß die Regierung von der Ansicht ausgehe, daß durch die Ueberlassung des Fonds an Hannover eine entsprechende Entlastung des Staatshaushalts eintrete. Redner geht auf die Finanzgeschäfte Hannovers bis zur französischen Okkupation zurück und berücksichtigt dabei viele Spezialitäten. (Graf Bismarck tritt ein.)

Abgeordneter v. Kardorff: Er spreche seine Genugthuung aus über die gestrigen Erklärungen des Grafen Bismarck, betreffend die Einführung der Dezentralisation. Der Abgeordnete v. Binde scheine gestern in dieser Beziehung sehr genügsam gewesen zu sein, als er von der Wirklichkeit der Provinzialstände der alten Provinzen gesprochen; der verstorbene Oberpräsident v. Binde werde sich nicht so leicht zufrieden gezeigt haben. Die Wissenschaft sei darüber einig, daß Gemeinde, Kreis und Provinz nicht mehr am Gängelbande fortgeleitet werden können. In dem Provinzialfond erbleibe er den ersten Schritt zur Dezentralisation. Deshalb könne er aber doch den rechtlichen Gesichtspunkt nicht ganz bei Seite lassen. In den eigentümlichen Verhältnissen des Begebaus in Hannover ehe er eine moralische Verpflichtung für den Staat zur Uebernahme der A. ben.

Aus unserem finanziellen Lage könne man keinen Grund entnehmen zur Verweigerung des Fonds. Der Vergleich zwischen Schlesien und Hannover lasse sich nicht ziehen. Letzteres sei eine eroberte Provinz, auf erstes habe Preußen ein gutes Recht gehabt und dieses Recht habe es nur wiedererobert. Was werde die preußenfreundliche Partei in Hannover sagen, wenn die Abgeordneten mit leeren Händen nach Hause kommen? Die Welfische Partei würde die Verweigerung des Fonds ab, um dann mit doppelten Kräften agitieren zu können. Redner vertheidigt sein Amendement, welches, wie schon mitgetheilt, regelmäßig 500.000 Thaler überweisen will, nicht aber als selbstständiges Vermögen, sondern im Ordinarium des Staats als besonderen Anteil an den Staatsentnahmen.

Graf Bismarck: Ein prinzipieller Unterschied liege nicht vor zwischen den Ansichten über Decentralisation. Dieselbe solle erstreckt werden, damit stimme auch der Minister des Innern überein. Über die Modalitäten der Ausführung könne man verschiedener Ansicht sein, was z. B. die Einführung der unbefoldeten Ehrenämter betrifft. Jedenfalls müsse der jegliche Zustand fallen, bei welchem über das Schicksal einer Brüderbole durch 4 oder 5 Instanzen nach Berlin berichtet werde. Wie die neue Institution zu realisieren, das werde die Regierung mit dem Hause berathen.

Abg. v. Venâda: Daß er nicht den hannoverschen Forderungen prinzipiell entgegen, habe er gezeigt durch Bewilligung der Summen für die Depots.

Die gestrige Zahlenaufstellung habe ihn nicht überzeugen können.

dem Gebiete der Kirchenmusik, des Oratoriums und der Cantate vertraut zu machen. Die unsterblichen Werke eines Bach, Händel, Mozart, Haydn, und von Neueren Mendelssohn, Hiller, Schumann, Kiel, bieten hier eine reiche Quelle des Studiums, und erweitern den musicalischen Gesichtskreis der Theilnehmer. Für die Erziehung und Bildung der Stimme sind diese Institute in keiner Weise förderlich, da eben alles nur auf Massenwirkung ankommt.

Gänzlich zu verdammen sind die Männer-Gesangvereine, da sie einerseits wohl kaum an das Gebiet der Kunst heranstreifen, andererseits die Stimme aus dem Grunde ruiniren. Der geringe Lautsang von Tönen, innerhalb dessen ein vierstimmiger Satz ermöglicht werden muß, führt für die menschliche Stimme eine sehr gezwungene, unnatürliche Stimmsführung herbei, so daß der Sänger oft 30 bis 40 Takte hindurch sich nur zwischen vier bis fünf Tönen bewegen kann. Der erste Tenor liegt fortlaufend in dem Umfang von o bis a, und muß durch unnatürliches Pressen und Quetschen der Stimme sich auf diesem Niveau der äußersten Grenze zu erhalten suchen. Dadurch wird die Stimme mit Gewalt in eine unnatürliche Lage gezwungen und durchaus ruinirt.

Dazu kommt noch das ganze Behab in einem solchen Vereine, wo die Gemüthlichkeit eine Hauptrolle spielen muß. Ist ein Vers nothdürftig zu Ende gefungen, oder treffen für eine der vier Stimmen ein paar Takte Pausen ein, dann wird schnell ein Schluck Bier getrunken, und ein paar Züge aus der Cigarre gerichtet, damit dieselbe ja nicht ausgehe. Die menschliche Stimme, die mit der größten Vorsicht behandelt werden muß, leidet natürlich unter solchen Verhältnissen, und veragt früher als sonst ihren Dienst gänzlich, wenn nicht gar ein derartiges Kunstreiten auch noch die Gesundheit gefährdet.

Gewiß werden uns die Aerzte Recht geben, wenn wir behaupten: „Eine gute Erziehung und Pflege der Stimme fördert den Athmungs-Prozeß und trägt wesentlich zur Erhaltung der Gesundheit und zum allgemeinen Wohlbefinden bei.“ W. Chodowiecki.

finanzielle Gründe bestimmen ihn, gegen die Bewilligung des Kapitals zu sein. Ohne Noth und rechtliche Verpflichtung wolle man ein solch großes Kapital jetzt wieder aus der Staatskasse geben. Die Schuldenlast schwölle auf diese Weise an, wenn auch die finanzielle Lage noch keine ungünstige sei. Er habe nicht den Muth, die große Summe wegzugeben, es sei dabei eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Provinzen. Der Fonds werde auf Kosten der ganzen Monarchie gegeben und widerspreche dem Grundsatz: Gleiches Recht, gleiche Pflicht! Die Abmachungen des Jahres 1866 mögen moralische Verpflichtungen enthalten, sie können aber auf dem Wege der jährlichen budgetmäßigen Bewilligung erfüllt werden. Die Selbstverwaltung werde nicht gefördert durch das Geldgeschäft, das Vertrauen zu den Zusagen der Regierung sei im Lande jedenfalls ein sehr schwaches.

Redner spricht weiter über Dezentralisation, ist aber im Zusammenhange nicht zu verstehen, da er von der Tribüne spricht und sich meist gegen die Rechte wendet. Man schaffe unhaltbare Zustände, wenn man mit der Provinz beginne und nicht zunächst in Gemeinde und Kreis dezentralisiere. Mit dem heutigen Votum werde er sich die innere Freiheit des Urtheils bewahren. Hannover sei nicht mehr, wie Abgeordneter Windhorst (Meppen) früher einmal gesagt habe, eine schöne Braut, wir leben jetzt mit dieser früheren Braut in unauslöslicher Ehe und da haben wir andere Pflichten als im Brautstande: Gemeinschaft im Glück und Unglück, in allen Vortheilen und Entbehrungen. In solchen Verhältnissen existiere kein Unterhaupt. Er stimme gegen die Vorlage.

Abg. Oppermann ist von der Tribüne aus völlig unverständig, zumal das Organ sehr heiser ist. Redner verteidigt die Vorlage im Namen des Rechts, welches man Hannover schulde. Wenn man Hannover jetzt nicht haben wolle, weshalb habe man es denn erobert? Man habe auch dort ein geordnetes Staats- und Finanzwesen gehabt.

Abg. Waldeck: (auf der Tribüne kaum zu verstehen). Redner betont den Standpunkt Berlins in dieser Frage, welches den Staat ist ein ganzes betrachte, und nicht die Bevorzugung einzelner Theile wolle. Wer etwas behalten wolle, müsse es zunächst gehabt haben. Der Domänenfonds sei im Budget von 1867 als Staatsgegenwart ausgeführt. Abgeordneter v. Binde habe die Sache klar und richtig dargelegt. Wenn man dieselbe ordnen wolle, müsse sie für den ganzen Staat geordnet werden. Redner befürchtet die Bedeutung Hannovers für Preußen, und das schlechte dort bis jetzt bestehende Verwaltungssystem und geht dabei zurück auf die Geschichte und Entstehung des frühen Königreichs. Den Hinweis auf die Umtriebe in Hannover halte er für verfehlt, das Prätendententhum habe keine große Bedeutung und die Drohung mit der Welfenlegion sei nicht gefährlich. Dieserfalls solle das Ministerium sich keine grauen Haare waschen lassen. So wie die Dezentralisation hier aufgefaßt werde, treibe man nur Missbrauch mit dem Worte. Man stelle erst die freie Verwaltung in der Gemeinde her, das freie Wahlrecht in der Gemeindevertretung, dann fasse man die Sache vor der rechten Seite an. (Die Unruhe ist so groß, daß nur abgerissene Sätze unter Ohr erreichen)

Graf Bisмарк nimmt aus der Besprechung der Provinzialverhältnisse Seitens der vorhergegangenen Redner Anlaß, das Ideal zu schildern, welches ihn nach dem Kriege bezüglich der Eintheilung und Organisation der Provinzen geleitet habe. Dieses Ideal sei folgendes: Die rheinfränkischen Theile, Nassau und Hanau, habe er mit der Rheinprovinz vereinigt wollen, der übrige Theil Hessens sollte die Provinz Thüringen werden, etwa die heutige Provinz Sachsen, Osnabrück und Ostfriesland sollten zu Westfalen kommen und mit Magdeburg die Provinz Niedersachsen bilden. Das Ideal war nicht zu verwirklichen wegen Mangel an Zeit und Arbeitskraft. Namentlich war der Hauptwiderstand aber zu finden in dem so sehr gerührten Selbstbestimmungsrecht. Kurhessen wollte nichts fahren lassen, sogar in Nassau erhob sich Widerspruch. Gegen die Verlegung Hannovers erklärten sich die hannöverschen Vertragsmänner. Die Folge war, fährt Redner fort, eine Ermutigung, das Programm durchzuführen. Partikularistische Interessen wurden geltend gemacht, Ostfriesland wollte seine Landdrostei behalten und nicht Osnabrück zu verschlagen werden. Redner wendet sich nun an die Fraktionen, welche gewöhnlich mit der Regierung gehen. Eine Mißstimmung in den alten Provinzen sei nicht vorhanden, man kannte dort die Absicht der Regierung schon vor den Wahlen und nirgendwo sei ein Kandidat wegen dieses Fonds interpellirt. Mit Recht habe die Regierung hier der konservativen Partei vertraut. Die Regierung mußte sich immer auf eine Partei stützen können, wenn dieser Partei auch Einzelnes nicht behagte. Sonst sei die konstitutionelle Regierung unmöglich. Dann müsse sie in anderer Weise zu agieren, Koalitionen zu schließen suchen gerade zum Schaden der konservativen Partei. (Bewegung im Hause)

Ein Schlusshandlung wird abgelehnt.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) (für die Vorlage): Ich danke Ihnen, daß Sie mir in so später Stunde noch das Wort verstatthaben und mich dadurch vor einer ähnlichen Verlegenheit bewahrt haben, wie am Sonnabend, wo ich mich des Votums enthalten mußte, weil es mir nicht vergönnt war, meine Gründe für dasselbe öffentlich auszusprechen und meine Abstimmung ohne dieselben missverstanden wäre. Daß die vorliegende Frage keine Parteifrage ist, das beweist Ihnen die Rednerliste, welche Redner aller Fraktionen sowohl für als gegen die Vorlage zeigte; auffallend aber ist es, daß gerade die Nachbarprovinz Hannovers, Westfalen, die bestreitigen Gegner gestellt hat, ich nenne Ihnen die Herren v. Binde, Reichensperger und Waldeck. Von ihrer Seite wird uns Partikularismus vorgeworfen; und es erinnert mich dies an ein heimatliches Volkslied: „A bissel Lieb' und a bissel Treu und a bissel Partikularismus is allzeit dabei.“ Soeben ist vom Abgeordneten Waldeck das Verlangen ausgesprochen, einen Theil Hannovers der Provinz Westfalen hinzuzufügen, und wenn ich auch einen gewissen Partikularismus als berechtigt anerkenne, so kann ich es doch nicht billigen, daß man uns darüber Vorwürfe macht und gleichzeitig den westphälischen Partikularismus gegen den hannöverschen ins Feld rüft. Der Herr Ministerpräsident hat seine Zustimmung zu einer neuen den Namen verhältnissen mehr entsprechenden Provinzialeintheilung ausgesprochen, ich möchte denselben jedoch darauf hinweisen, daß die von ihm angegebene Eintheilung gerade zur Zeit der höchsten Blüthe des deutschen Reichs nicht vorhanden war. Wir wollen nicht zum linken Rheinufer gezogen werden, sondern unsere langjährige Verbindung mit den hessischen aufrecht erhalten wissen. — Die gegen den Gesetzentwurf gemachten Einwürfe sind wenig stichhaltig. Wenn man aus der großen Anzahl von Amendements den Schluß ziehen will, daß die Vorlage „faul“ sei, so wäre derselbe in noch höherem Grade bei unserem Budget gerechtfertigt gewesen, und hier wird wohl Niemand den Vorwurf aufrecht erhalten wollen. Der Abg. v. Binde sagte, wir, die Vertreter der neuen Landestheile, sollten „demuthig“ auftreten. Ich lege dagegen Protest ein; wenn auch die jüngsten Mitglieder des Staates, haben wir doch mit allen anderen gleiche Rechte, und es wird dem Abg. v. Binde durch seine fakultativen Künste am wenigsten gelingen, uns in das Joch laudißischer Pässe zu drängen. (Bravo.)

Durch das Beispiel des früheren Präciipiums beweist man nichts. Dieses war nur ein Brocken, den man einem bösen Hund hinwarf, damit er das Zollvereinskind nicht biss. Bei der Frage um den Provinzialfonds dagegen handelt es sich nur um eine Grenzregulierung zwischen dem hannöverschen Staats- und Provinzialgegenthum. Niemand hat dagegen Einspruch erhoben, als dieselbe Regulierung in Frankfurt vorgenommen wurde, als man dem Kurfürstentum seinen Staatschar zurückgab, wollen Sie für uns nicht gleiches Recht gelassen, weil unser Fonds vielleicht einige Thaler mehr kostet, oder weil Hannover zu unseliger Stunde den unseligen Titel „Königreich“ erhielt? Eben so wenig wie in jenen Staaten waren in Hannover Staats- und Provinzialverwaltung geschieden. Allerdings gab es Provinzialstände, es waren dies aber thatsächlich nur Kommunalstände und die hannöversche Landesvertretung fungirte ebenso als Staats-, wie als Territorial-Vertretung. Die erste ist in dieses Haus übergegangen, die Rechte der letzteren müssen dem Provinziallandtag der jewigen Provinz Hannover mit allen früheren Rechten übertragen werden. Der Einwand, daß durch die Herstellung eines besondre en Fonds die jetzige Gestaltung Hannovers verewigt würde, ist für mich nicht schlagend. Die Provinz selbst wünscht ihren bisherigen Bestand, und der Umstand, daß man trotz aller Agitation nichts weiter als einen Beschuß der Cölnener Handelskammer erzielen konnte, ist Beweis genug dafür. Wenn diese eine Aenderung wünscht — nun, lassen wir sie nach ihrer Façon feiig werden! Die vom Abg. v. Binde gegen die Vorlage vorgeführten Finanztableaux stürmten in so sunnbehörenden Flucht bei meinem Ohre vorbei wie ein Kavallerieregiment, und ich habe den anwesenden Herrn Direktor des statistischen Bureaus ersucht, in Zukunft für ähnliche Fälle uns einige Rechenmaschinen zur Disposition zu stellen. Mir ward von akademisch dummi, als ging mir ein Mührrad im Kopfe herum. Ob die Ansprüche, die die Provinz Hannover an den Staat stellt, flagbar sind oder nicht, halte ich für eine untergeordnete Frage. Ich denke, wenn wir, als Repräsentanten des preußischen Volkes uns mit den neu hinzugetretenen Mitbürgern auseinandersetzen, so dürfen diese erwarten, daß wir uns nicht auf den Standpunkt eines eitlen Prozesses stellen, sondern loyal der Provinz geben, was der Provinz ist und dem Reich, was des Reichs ist. Auch für die übrigen Provinzen würde sich ein solcher Provinzialfonds leicht schaffen lassen, wollte der Staat zu diesem Zwecke auf die Grund- und Gebäudesteuer verzichten die

ihre Natur nach viel eher auf eine Verwendung für lokale Zwecke hinweist. Eine solche Dezentralisation für den ganzen Staat halte ich für nothwendig, denn die jetzige Eintheilung in Provinzen, Kreise und Gemeinde ist nur eine mechanische Unterabteilung des Staatswesens, die französisch, keltisch, englisch und alles mögliche ist, dem germanischen Geiste aber vollkommen widerstreift. In früherer Zeit war nur das Kriegswesen und die Rechtsprechung centralisiert, während Städte, Dorfgemeinden, Gau- und Stammverbände sich selbst regierten.

Dies allein ist das richtige Principe, und nirgends hat man einen besseren Beweis dafür, als in der französischen Präfekturwirtschaft. Man muß selbst in einer französischen Provinzstadt gelebt haben, um die Rude und Bangeweile zu kennen, die über derselben schwelt, weil sie sich bis auf den Spiegel auf dem Dach abhängig weiß von dem Minister in Paris. Gerade das Gegenteil davon sehen Sie in England, wo man von Anfang an die richtige Grenzregulierung zwischen Staat, Grafschaft und Gemeinde vorgenommen hat; ich kann mich hierbei auf das Zeugnis einer Autorität in diesem Hause berufen, wie sie England selbst nicht aufzuweisen hat — den Professor Gneist. Die Frage, woher wir den übrigen Provinzen gegenüber den Muth hervorheben werden, für die Bewilligung eines Fonds an Hannover zu stimmen, beantwortete ich dem Abg. Benda dahin, daß wir ihn ebendaher nehmen werden, woher er den Muth nahm, für die 16 Millionen zur Abfindung des Königs Georg zu stimmen. Man verlangt zuerst einen vollständigen Plan für alle Provinzen vorgelegt. Ich meine, die Weltgesichts läßt sich keinen Plan ihrer Entwicklung vorschreiben, und wenn man jede Reform verschiebt, weil man nicht weiß, wo man anfangen soll, so ermüde ich Sie an die sprachwörtlich gewordenen querelles allemandes. Eine Reform zieht naturgemäß die andere nach sich, und neumen Sie heute diese Vorlage an, so werden sich in Kurzem auch die anderen Provinzen derselben Autonomie zu erfreuen haben, wie Hannover. Si parva licet componere magnis — auch Benda annahmte in den Jahren 1806 bis 15 zahlreiche Territorien mit bedeutendem Domänenvermögen, aber nicht geringeren Kriegsschulden. Der Herzog einverleibte die Altiva dem Bischof, auf dessen Besitz er selbst Anspruch machte, die Passiva vertheilte er dagegen auf die Gemeinden, welche dieselben auch bezahlen müssten. Gerade durch die Verfahren ist dem Landchen die Operation des Preußischwerdens — die bei dem Mangel an Gewohnheit immer schmerlich bleibt — (Heiterkeit) bedeutend erleichtert worden. Ich bitte Sie, den Hannoveranern durch Ablehnung der Vorlage nicht Veranlassung zu ähnlichen Klagen zu geben. Von Ihnen, den Konservativen der alten Provinzen, erwarte ich es um so mehr, als Sie selbst wissen werden, daß in England die Selbstverwaltung das Credo der konservativen Partei, des angesessenen Adels ist. Die liberale Partei will daran erinnern, daß sie schon Jahre lang darauf hinarbeitet, einen zwischen Staat und Kreis stehenden selbstständigen Verband zu schaffen; ich hoffe, Sie wird jetzt, wo der erste Schritt dazu geschaffen soll, diesen nicht deshalb zurückweisen, weil sie nicht weiß, ob die andern Schritte folgen werden. Die Mitglieder der neuen Provinzen aber mögen sich darüber klar sein, daß sie jedenfalls besser fahren werden, durch Befolung der Grundsätze des Abg. Miquel als der des Abg. Binde, die uns zur Demuth verurtheilen. Die Regierung hat bereits erklärt, daß ihr durch die Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfs der Muth genommen würde, auf dem eingefügten Wege der Emancipation vom Staate weiter fortzuschreiten; hüten Sie sich, durch Ihren Beschuß dieselbe auf eine Bahn zu drängen, die Ihren Wünschen diametral entgegengesetzt ist. Unser Wahlspruch sei: Parcere subiectis et debellare superbos; mit den Letzteren haben Sie sich am Sonnabend ausreichend beschäftigt, berücksichtigen Sie heute die Ersteren. Vielleicht hätte der Entwurf noch eine reizlichere Vorarbeit verlangt, die Motive mögen noch nicht genügend geklärt sein, die Vorlage erscheint uns noch wie ein Strudel mit rasendem Toben, dennoch hoffe ich, werden wir nach Jahren sagen können: „Es war uns zum Heil, er riß uns nach oben.“ (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Binde (Oldendorf) (gegen die Vorlage). Der Ministerpräsident hat sich an die Partei gewendet, die die Regierung unterstützt; ob ich zu dieser Partei gehöre, weiß ich nicht; das bin ich mir bewußt, daß ich mit dem festen Vorsatz hierhergekommen bin, den Herrn Ministerpräsidenten im Großen und Ganzen unterstützen und seine Wähler wissen das von ihm im Vorraus. Was heute vorliegt, ist keine finanzielle, sondern eine politische Frage. Man will Hannover nicht nehmen und nichts schenken, sondern man hat darüber zu entscheiden, ob über gewisse Mittel zu provinzialen Leistungen durch das Organ der Provinz oder durch die Centralorgane des Staates verfügt werden soll. Eine solche Auseinandersetzung ist geboten und kann bejaht werden, ohne damit einen Verfassungsbruch zu begehen, zumal sie ein mächtiger Schritt von der bürokratischen, zentralisierenden Verwaltung zu der der Freiheit fördernden Selbstverwaltung ist. Es handelt sich hier nicht um flagbare Posten, sondern um eine moralische Verbindlichkeit. Die Regierungsvorlage ist nach allen Richtungen hin als ein bedeutender Gewinn für Preußen zu betrachten. Den Herren, die sich auf den Patriotismus der Hannoveraner stützen, bemerke ich, daß Patriotismus eine Frucht ist, die nur sehr langsam reift. Durch die Annahme der Vorlage, nicht um den neuen Provinzen irgend etwas nicht zu gönnen, sondern weil ich überlegen muß, ob ich den alten Provinzen nicht Unrecht thue, wenn ich den Provinzialfonds bewillige. Ich halte diese Vorlage allerdings für ein Pratuum. Was für Folgen hätte die Bewilligung für den Staat? Zur Beantwortung dieser Frage müßten Rechnungen zusammengestellt werden und ich glaube, daß den Herren aus Hannover, wenn sie in ihre Provinz zurückkommen, diese Zusammenstellung sehr nützlich sein wird.

Der Schluß wird wiederum abgelehnt.

Abg. Graf Schwerin gehörte nicht zu den Abgeordneten, die als ausgesprochene Regierungsanwärter gewählt sind, sondern vertritt im Gegenteil, daß er gegen die Organe der Regierung gewählt ist; aber als unabhängiger Abgeordneter, der sich an sein verpflichtendes Programm im Vorraus gebunden hat, wird er die Politik des Ministerpräsidenten im Großen und Ganzen unterstützen und seine Wähler wissen das von ihm im Vorraus. Was heute vorliegt, ist keine finanzielle, sondern eine politische Frage. Man will Hannover nicht nehmen und nichts schenken, sondern man hat darüber zu entscheiden, ob über gewisse Mittel zu provinzialen Leistungen durch das Organ der Provinz oder durch die Centralorgane des Staates verfügt werden soll. Eine solche Auseinandersetzung ist geboten und kann bejaht werden, ohne damit einen Verfassungsbruch zu begehen, zumal sie ein mächtiger Schritt von der bürokratischen, zentralisierenden Verwaltung zu der der Freiheit fördernden Selbstverwaltung ist. Es handelt sich hier nicht um flagbare Posten, sondern um eine moralische Verbindlichkeit. Die Regierungsvorlage ist nach allen Richtungen hin als ein bedeutender Gewinn für Preußen zu betrachten. Den Herren, die sich auf den Patriotismus der Hannoveraner stützen, bemerke ich, daß Patriotismus eine Frucht ist, die nur sehr langsam reift. Durch die Annahme der Vorlage, nicht um den neuen Provinzen irgend etwas nicht zu gönnen, sondern weil ich überlegen muß, ob ich den alten Provinzen nicht Unrecht thue, wenn ich den Provinzialfonds bewillige. Ich halte diese Vorlage allerdings für ein Pratuum. Was für Folgen hätte die Bewilligung für den Staat? Zur Beantwortung dieser Frage müßten Rechnungen zusammengestellt werden und ich glaube, daß den Herren aus Hannover, wenn sie in ihre Provinz zurückkommen, diese Zusammenstellung sehr nützlich sein wird.

Abg. v. Diez (für sein Ammentum): Die Staatsregierung ist sich über manche Momente der Vorlage selbst noch nicht klar. Die Stimmlage in Hannover hat durchaus kein Gewicht in dieser Frage, auch wird sie, wie es in dem Briefe eines hochgestellten Beamten aus Hannover heißt, durch die Bewilligung des Provinzialfonds keineswegs besser werden. Ein anderer Brief eines ganz einfachen Mannes sagt, man wäre der Meinung, daß Preußen ein böses Gefühl habe und es durch diese Bewilligung wieder beschwichten wolle. Wie der Abg. Laster gegen die Entschädigung an die Depositorien und für diese Vorlage sprechen könnte, ist mit nicht ergründlich. Der Herr Abg. Miquel glaubte dem Herren Abg. v. Binde mit juridischer Schärfe entgegentreten, indem er die Forderungen klar stellen wollte, die flagbar wären, u. A. die der Judentum; haben Sie den Eindruck bekommen, daß diese Forderung flagbar sei? Der Herr Ministerpräsident sagt, er habe nicht vernommen, daß die Wähler vor den Wahlen die Abgeordneten wegen der vorliegenden Frage interpellirt hätten. Das ist richtig; aber diese Interpellationen kommen in der Regel erst sehr langsam zu Tage. So ist z. B. der pommersche Charakter sehr langsam aber desto intensiver, wenn er auf den rechten Weg kommt. Viele von uns sind an manche Fragen mit Schwanken gerettet, aber es ist ihnen zu Hause bang geworden. In dem Vortrage des Herrn Abg. v. Braun habe ich nichts Sachliches, Praktisches bemerkt; es ist daher nichts in ihm zu widerlegen. — Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident in seiner Weise auch in dieser schwierigen Frage einen festen Griff thun wird und möchte ihm Zeit lassen, uns einen festen Plan vorzulegen. Allerdings ziehe ich ein Definitivum dem Provisorium vor und möchte die Sache gern aus der Welt geschafft sehen; aber ich ziehe das Provisorium immer noch dem Unklaren vor. Wir wissen, was wir dem Grafen Bismarck verhandeln und führen ihn als freie Männer; wenn wir aber gewissenhafter Weise Nein sagen müssen, so wird er unserer Lage Rechnung tragen und sie verstehen. Unsere Stellung ist, wie sie ist. (Heiterkeit.) — Wir glauben der Staatsregierung durch Nichtbewilligung der Vorlage einen Dienst zu leisten. Die konservative Partei rechnet es sich zur Ehre an der Regierung eine Stütze gewesen zu sein und wird es auch bleiben.

Graf Bismarck: Ich erlaube mir auf die Neuerungen des Herrn Vorredners in Betreff seines Wahlkreises einige Worte, weil ich gewissermaßen, wenn auch indirekt, zu seinen Wählern gehöre. (Heiterkeit) Ich kenne diesen Wahlkreis genau, vielleicht genauer, als der Herr Abgeordnete, weil ich länger dort angelebt gewesen bin, als er, und ich glaube, daß man mir dort allerseits, wenigstens von Seiten derer, die für den Herrn Vorredner als Abgeordneten gestimmt haben, zustimmen wird, wenn ich behaupte, das Heben und Stützen kann mir nichts helfen, wenn es nicht in der Gesamtheit geschieht; ich kann mich nicht partiell heben und stützen lassen (Heiterkeit); ich

muss so gehoben und gestützt werden, wie ich in der Gesamtheit vorhanden bin; und wenn der Herr Vorredner von seinen Wählern böse Worte fürchtet, so empfehle ich ihm das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen. (Beifall und Heiterkeit.)

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen. Präsident v. Gorckenbeck: Der Herr Berichterstatter hat das Wort. (Große Unruhe und Widerspruch in der Versammlung. Beileger Ruf: Verzichten! Verzichten!) Referent Abg. Kannegießer: Ich werde kurz sein. (Sturmischer Beifall.) zunächst sage ich der Staatsregierung Danke dafür, daß Sie sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden erklärt hat. Mit allen juristischen Deduktionen und schriftlichen arithmetischen Berechnungen annehmen Sie wieder, noch assimilieren Sie die neuen Provinzen. Ich bitte Sie deshalb, den Kommissionsantrag mit dem Ammentum anzunehmen, event. aber das Ammentum Kardorff; alle übrigen Ammentums aber zu verwerfen.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Es folgt die Spezial-Diskussion über §. 1 der Kommissionsvorlage, Nr. 1 des Ammentums Brauchitsch und §. 1—4 des Ammentums Bonin. In die Rednerliste sind eingeschrieben 14 Redner für, 15 Redner gegen das Gesetz.

Regierungs-Kommissar Wollny: Es ist durchaus nicht richtig, wenn man in die Debatte immer die Frage hineinwirft, ob der Provinz Hannover ein Recht zusteht an das Domänenvermögen oder an eine dem entsprechende Dotations aus der Staatskasse. Der hannoverische Provinzialfonds hat einen solchen Rechtsanspruch nicht erhoben, und die Staatsregierung hat einen solchen nicht anerkannt; es waren vielmehr andere Gründe vorhanden. Es kann auch von einer Schenkung nicht die Rede sein, sondern lediglich von einer Vereinigung zwischen der Staatsregierung und der Provinz Hannover, wonach gewisse Verpflichtungen, welche bis jetzt der Staatskasse oblagen, auf den Provinzialverband gegen eine entsprechende Entschädigung übertragen werden sollen. Es ist nun ferner gesagt worden, daß dadurch eine Ungleichheit zwischen den alten und neuen Provinzen hervorgerufen werde. Gleichstellung aller Provinzen ist eine Ansforderung der Gerechtigkeit, ihre Durchführbarkeit aber ist ein nicht allgemein zu verwirklichendes Problem. — Auch in anderen Verwaltungszweigen besteht eine solche absolute Gleichstellung nicht unter den alten Provinzen; so z. B. in Betreff der Justizosten; so ist z. B. die Justiz in der Rheinprovinz ganz unentgeltlich. — Die Verschiedenheit, um die es sich hier handelt, soll aber nicht erst eingeführt werden, sondern sie ist schon vorgefunden worden und besteht auf gesetzlicher Grundlage. Die Provinz ist gegenwärtig gefährlich nicht die Pflichten, die im Gesetz angegebenen Zwecke aus Provinzialmitteln zu sorgen. Im Interesse der Gleichstellung mit den übrigen Provinzen ist eine solche Ausgleichung aber heute herbeizuführen, wäre verlegt glaubt, in ihren materiellen und individuellen Interessen, und es möchte sich wohl nicht empfehlen, dabei eine Maßregel zu ergreifen, für deren Gerechtigkeit nicht bloß dem gemeinen Mann in Hannover das Verständnis möglich ist. Dies ist um so schlimmer, als in der Provinz das Bewußtsein vorherherrschend ist, daß ja durch die Übertragung des Domänenfonds in die Staatskasse aus der Provinz die Mittel zu deren Leistungen hergegeben werden sind. Redner, wendet sich sodann gegen die Berechnung des Abg. v. Binde (Oldendorf), behauptet, daß durch die Annahme der Vorlage ein nahtloser Schritt zur Dezentralisation gemacht werde, verlangt aber die dauernde Gewährung der Mittel durch Kapital event. Rente, die vorübergehende oder jährliche Bewilligung genügt nicht, da die Provinz dauernde Verpflichtungen dafür übernehmen müsse. Nachdem er sich schließlich noch gegen die Ausführungen des Abg. v. Benda gewandt, empfahl er 1) principaliter die Vorlage der Regierung; 2) event. den Kommissionsantrag; 3) eventualissime das Ammentum Kardorff; bat aber um Ablehnung aller übrigen Ammentums.

Reg.-Kom. MacLean widerlegt die Befürerbauung des Abgeordneten v. Binde.

Nach diesen beiden ziemlich langen Vorträgen der Kommissare will der Präsident gegen 4 Uhr die neue Rednerliste, die etwa 30 Namen zählt, abwickeln, aber der laute Ruf nach Verlängerung unterbricht ihn. Auch eine Abdankung um 7 Uhr wird proprieert, aber die Mehrheit des Hauses, so erinnert sie ist, weiß diesen Vorschlag, der dem Eifer entspringt, die Vorlage um jeden Preis noch heute zu erledigen, zum Glück für die Berichterstattung dazugehörig.

Schluß

[D]eßentliche Sitzung der Stadtverordneten am 5. d.] Größnung der Sitzung um  $4\frac{1}{4}$  Uhr Nachmittags unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Pilet. Anwesend sind die Stadtverordneten Andersch, B. H. Asch, R. Asch, H. Bielefeld, Briske, M. Czapla, Dahlke, Garfey, Gerstel, B. Jasse, L. Jasse, Jezirowski, Knorr, Löwinsohn, Lüpke, G. Mamroth, Dr. Matecki, Mäze, C. Meyer, Müzel, Nitylowski, Neumann, Olschuske, Türk, Walther, Dr. Wenzel. Magistrat ist vertreten durch den Bürgermeister Kohleis und die Stadträthe v. Chlebowksi, Dr. Müller, Dr. Samter, Stenzel, v. Treskow.

Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Vier Kommissionen haben ihre Konstituierung angezeigt, und zwar die Finanzkommission, die den Stadtverordneten G. Mamroth zum Vorsitzenden gewählt hat, die Schulkommission mit dem Stadtverordneten C. Meyer zum Vorsitzenden, die Baukommission, deren Vorsitzender der Stadtverordnete H. Bielefeld ist, und die Wahlkommission, Vorsitzender der Stadtverordnete Breslauer. Der Oberlehrer an der städtischen Realschule, Herr Dr. Magener, hat dem Stadtverordneten-Kollegium ein Exemplar seines kürzlich herausgegebenen Buches: „Das Klima von Posen“, überwandt. Der Vorsitzende wird dasselbe bei den einzelnen Mitgliedern des Kollegiums circulieren lassen.

Tagesordnung: 1) Erstwahl für den verstorbenen Stadtrath Kramarkiewicz. Die Angelegenheit, die bereits auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung stand, wurde damals auf den Wunsch der Majorität der Versammlung vertagt, damit eine nähere Besprechung der Mitglieder über die Personenfrage erfolgen könne. Heute schreitet die Versammlung sogleich zur Wahl, die mit 15 Stimmen (25 Stimmen werden überhaupt abgegeben) auf den Baumeister Hebanowski fällt; 9 Stimmen erhält der Stadtverordnete Dahlke, 1 Stimme Professor Dr. Szafarkiewicz.

2) Überlassung der Fruchtnutzung im Garten der Krankenanstalt an den Lazareth-Inspektor Toporski. Die von der Kommission beantragte Überlassung der Fruchtnutzung im Garten der Krankenanstalt an den Inspektor Toporski pro 1868 für einen jährlichen Pachtzins von 6 Thlr. wird von der Versammlung genehmigt.

3) Betr. die Vergebung der Reinigung der Schornsteine u. in sämtlichen Kommunalgebäuden. Im Statut sind für die Reinigung der Schornsteine u. in den Kommunalgebäuden nur 59 Thlr. ausgesetzt worden; in dem vom Magistrat anberaumten Lizitationstermin ist aber die geringste Forderung für die Reinigung 80 Thlr. gewesen, also mit 21 Thlr. über dem Statut hinausgehend. Magistrat beantragt die Mehrforderung von 21 Thlr. zu genehmigen. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme des Magistrats-Antrages, der darauf von der Versammlung angenommen wird.

4) Interpellation des Magistrats über die Abfuhr von Schnee und Eis in den Straßen.

Der Stadtverordnete H. Bielefeld interpellirt den Magistrat betreffender Punkte in der Straßenreinigung. Es sei allen bekannt, daß wir in unseren Straßen nach den starken Schneefällen in diesem Winter viel zu leiden hatten. Man könne nicht verkennen, daß nach heftigem Frost und großem Schneefall die Straßen in Ordnung zu halten, schwierig sei; ebensowenig, wie es zu verlernen wäre, daß der Magistrat Mittel angewendet habe, um die Schne- und Eismassen von den Straßen zu entfernen — aber die Mittel waren nicht durchgreifend und reichten nicht aus. Die Polizei habe wiederholt eingegriffen, damit die Hausbesitzer die Aweisung auf den Bürgersteigen ausführten, und jeder wisse, welche Arbeit die Leute gehabt; der Magistrat habe jedoch mit der Fortschaffung der Eismassen nicht gleichen Schritt gehalten. Der Decernent, hierüber befragt, meinte, die für die Straßenreinigung ausgelegten Mittel gestatteten eine Vermehrung der Reinigungskräfte nicht. Der Interpellant wies dem gegenüber darauf hin, daß die im vergangenen Jahre im Statut ausgesetzte Summe für die Straßenreinigung 3762 Thlr. betragen habe und in dem diesjährigen Statut sei dieselbe seines Wissens nicht verkleinert worden, und wenn auch in der incede stehenden Angelegenheit diesmal ein Notstand geherrscht, so dürfe eine Summe von mehreren tausend Thalern doch ausreichen und es namentlich am Anfang des Jahres gestatten, die Kräfte, wenn nothwendig, zu verdoppeln. Wenn aber der Decernent wisse, daß die ausgeworfene Summe nicht hinreiche, warum hole er dann nicht die Genehmigung der Versammlung zu einer Mehrausgabe ein oder lasse sich nachträglich die Genehmigung der etwa erfolgten Mehrausgabe ertheilen. Beides sei nicht erfolgt; Interpellant stellt daher bei der Versammlung den Antrag, den Magistrat aufzufordern, daß er bei sich ernenernder Überfüllung unserer Straßen mit Schnee und Eis die vorhandenen Kräfte und Mittel zur Fortschaffung der Massen verdopple.

Ein zweiter Nebelstand bietet sich bei den meisten Straßenübergängen dar. Der Polizeirath Rose habe zwar dafür gesorgt, daß die Bürgersteige mit Trottoir, an vielen Stellen mit doppelten Granitplatten belegt worden seien — es habe das viel Geld gekostet —; was aber nutzt uns das schöne Trottoir, wenn man bei schmugligem Wetter in der tiefen vollen Gosse ertrinken kann und die Übergänge überschwemmt sind. Seine zweite Bitte gehe deshalb dahin, Magistrat möge doch den Übergangen über die Straße mehr Aufmerksamkeit schenken. Eine dritte Bitte sei ferner die, diese Übergänge, wie es auch bei einigen bereits geschehen, mit erhöhten Kopfsteinen zu pflastern.

Aber er müsse noch zwei Bitten an den Magistrat richten; die erste betreffe das Zusammenlegen des Schnees auf dem Wilhelmsplatz, das bekanntlich die Militärbehörde ausführen lasse, um auf dem Platze die Parade und Parole abzuhalten. Zu bedauern ist es, daß die zusammengelegten Schneemassen nicht weiter als bis auf die Promenade geschafft werden; hier liegen ganze Haufen, die während des Thauwetters ein Betreten dieser Promenade nicht gestatten. Seine vierte Bitte nun sei die: Magistrat möge doch die Kommandantur auffordern, den Schnee nicht bloß zusammenlegen, sondern auch absfahren zu lassen.

Die fünfte Bitte endlich betreffe die Abhaltung der Parole auf dem Trottoir. Dies geschehe nämlich, sobald der Wilhelmsplatz schmugig sei und nothige das Publikum vom Bürgersteige herunterzutreten in den Schmutz der Straße. Magistrat wolle doch die

Militärbehörde ersuchen, die Parole überall, aber nicht auf dem Bürgersteige, der dem Publikum freizulassen sei, abzuhalten.

Der Magistrats-Decernent, Stadtrath v. Treskow erwidert auf die Interpellation: es sei eine allgemeine Erfahrung, daß zu tadeln stets leichter sei, als besser zu machen. Interpellant habe aber auch entschieden übertrieben; es sei wahr, die Straßen seien in den letzten Wochen mit Schnee und Eis überfüllt gewesen, das könne aber infolge so ungewöhnlich starker Schneefälle nicht anders erwartet werden. Die Abfuhr sei nach Möglichkeit betrieben worden und wie man sehe, sei sie ausgeführt. Für die wenigen Tausend Thaler, die auss ganze Jahr zu vertheilen sind und nicht im ersten Monat verwendet werden können, läßt sich nicht mehr leisten. Interpellant verlange, Magistrat solle sich vorher die Genehmigung zu einer Mehrausgabe einholen; das erinnere ihn daran, wie eine kleine Stadt die Anordnung getroffen, die Spitäler sollen jedesmal vor Ausbruch des Feuers bespannt werden. Man wisse ja, wie lange es dauere, ehe joch Geisch, das erst einer besonderen Kommission überwiezen werde, zur Erledigung komme.

Der Militärbehörde könne man aber auch nicht so schroff entgegentreten, da die Abfegung des Wilhelmsplatzes dem Publikum, das denselben nach allen Seiten passire, wesentliche Vortheile gewähre.

Stadtbaurath Stenzel beantwortet die Interpellation Be treffs der Erhöhung der Übergänge durch Kopfsteine. Die Übergänge zu erhöhen, sei, soweit ihm bekannt, nirgends systematisch durchgeführt und könnte auch nur Nachtheile zur Folge haben. Eine Straße müsse ein auf die ganze Strecke gleichmäßig vertheiltes Gefälle haben, damit das Wasser regelmäßig, stetig und möglichst schnell abfließe; dagegen wird ein erhöhter Übergang nur störend wirken. Einem Beweis liefere der erhöhte Übergang von der Neuenstraße über die Wilhelmsstraße, wo da Wasser an den Seiten gewöhnlich stehen bleibt. Eine größere Neinhaltung der Übergänge könne aber durch tägliches Abfegen derselben erzielt werden.

5) Verpachtung des Bierschanklokals unter dem Rathause auf 6 Jahre. Die Versammlung genehmigt die weitere Verpachtung des Rathauskellers mit Einchluß der bisher Silbersteinchen Keller an den Restaurateur Becker auf weitere 6 Jahre gegen einen jährlichen Pachtzins von 650 Thlr. und Erlebung einer ebenso großen Caution.

Wegen Abwesenheit des betreffenden Referenten der Kommission müssen 7 Gegenstände von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Schlüß der Sitzung um  $4\frac{1}{2}$  Uhr Nachmittags.

Gestern um  $8\frac{1}{2}$  Uhr wurde, wie der „Dziennik poznański“ berichtet, im Redaktionslokal dieses Blattes durch Polizeibeamte eine Recherche nach Manuskripten vorgenommen. Die Beamten behaupteten hierzu Auftrag zu haben, weil Vergehen gegen §. 100 des Strafgesetzes vorlägen. Es wurde das Manuskript des für die gestrige Nummer des Blattes bestimmten Leitartikels mit Beschlag belegt. Auch die Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs, Herrn v. Zorowsky, wie des Administrators der Zeitung, Herrn Gallier, wurde durchsucht. Die Beamten nahmen von dort mehrere Briefschaften mit. Der „Dziennik poznański“ erschien wegen dieser Störung, deren Ursache unbekannt ist, heute nur in einem halben Bogen.

Vor einem Jahrzehnt, etwa zu Ende der Fünfziger, erschien ein Prospektus, betreffend das Etablissement Neu-Friedrichthal, dies bekannteste Glashüttenwerk der Herren Schönemann und Thinger, dessen Umwandlung in ein Aktien-Unternehmen zur Zeit angestrebt wird. Die neue Firma wird lautem: Norddeutsche Glashütten-Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Bloß, und geriessen sich als Gründungskomitee die Herren Kommerzienrath Dietrich, Kommerzienrath Gilla, Banquier Meyer Cohn, Kaufmann Benny Gerson und Ferdinand Schönemann. Ehe wir dem neuen Unternehmen näher treten, das noch nicht der Deßentlichkeit angehört, geben wir zur Information aus dem erwähnten älteren Prospekt einige Daten, die behufs Vergleichung mit den neuern Angaben gewisse Anhaltspunkte bieten dürfen.

Die Fabrik Neufriedrichthal liegt im Bromberger Regierungsbezirk, im Kreise Chodzießen, in unmittelbarer Nähe der Stadt Ueck, am Ausflusse der Kydron in die Neiße, wodurch die Wasserleitung nach verschiedenen Richtungen hin gesichert erscheint; die Entfernung nach der Eisenbahnstation Schneidemühl beträgt  $1\frac{1}{2}$  Meile. Das Areal umfaßt neben 35 Morgen 162 Du.-Ruth. Hof und Baustellen, 357 Morg. 24 Du.-Ruth., und standen ult. Dezember 1857 die sämtlichen Ländereien und Baulichkeiten mit 89,315 Thlr. zu Buch, der Feuerwert der Gebäude betrug 29,975 Thlr., wobei 18,000 Thlr. noch nicht zur Versicherung gekommen sein sollten und, wie der ältere Prospekt besagt, die versicherten Baulichkeiten nur mit circa 75 resp. 50 Pf. des gemeinen Wertes der durch Feuer zerstörbaren Werthe zur Versicherung angenommen werden seien. Nach einer gerichtlichen Taxe, aufgenommen am 3. Dezember 1857 von dem Baurath Grüger, Stadtkämmerer a. D. Sänger und Stadtrath Nowacki, so wie dem Deputirten des Schneidemühler Kreisgerichts, Gerichtsrath v. Jasinski unter Zuziehung des Administrators G. W. Bauer und Betriebsinspektors Louis Roquette, belief sich der Werth von Neufriedrichthal auf 306,726 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf.

Das Inventurverzeichniß am 1. Januar 1858 wies für Fabriks-Utensilien einen Werth von rund 12,985 Thlr., Materialien waren vorhanden für 24,000 Thlr., Fabrikate zum Selbstkostenpreise für 38,944 Thlr.; die sämtlichen Werthe zusammengestellt ergaben 165,239 Thlr. Den Schlüß des alten Prospekts bilden Kalkulationen und Gewinnberechnungen, wonach Neingewinn bei der Glassfabrikation 19,095 Thlr. und bei der Korbblecherei, Kalkbrennerei, Ziegelei, Bäckerei ic. ic. 20,855 Thlr., zusammen 39,950 Thlr., wovon 13,950 Thlr. für General-Umkosten ic. in Abzug gebracht, einen Überschuß von 26,000 Thlr. belassen würden.

Der „Kreuzzeitung“ wird von hier geschrieben: Schon vor zwei Jahren wurde ähnlich auf die hervortretende Nothwendigkeit hingewiesen, im Wege der Gesetzgebung für die Deckung der Sandschollen in der Provinz Sorge zu tragen, so wie den Nachtheilen, welche die unvorsichtige und rücksichtslose Entwaldung hervorruft, schon vor ihrem Entstehen durch eine angemessene Beschränkung in der Benutzung und Behandlung solcher Wälder, deren Erhaltung im allgemeinen Interesse als nothwendig zu erachten ist, vorzubeugen. Neuerdings hat nun die l. Regierung eine möglichst vollständige Zusammenstellung der gegenwärtig in der Provinz vorhandenen Sandschollen angeordnet, in welchen der ungefähre Umfang derselben, so wie die Dörtschaften, zu denen sie gehören, angegeben werden sollen. Wenn möglich, soll die Entstehung der Sandschollen ermittelt werden, so wie, ob sie sich verkleinert oder vergrößert haben u. ob etwas zu ihrer Deckung bez. Festlegung geschehen ist. Ob ein besonderes Gesetz über die Deckung der Sandschollen erlassen wird, läßt die Regierung dahingestellt, gibt

aber zu verstehen, daß, im Falle ein solches Gesetz erlassen würde, der Staat mit erheblichen Leistungen zu dessen Ausführung zu konkurrieren haben würde. Den Landräthen wird aus Rücksicht auf die Landeskultur dringend empfohlen, sich für die Deckung der Sandschollen zu interessieren, dieselbe bei den beteiligten Grundbesitzern anzuregen und sofern in einzelnen Fällen der zur Sandschollen-deckung erforderliche Kostenaufwand die Mittel der Beteiligten übersteigt, die Mitwirkung der Regierung in Anspruch zu nehmen, zur Gestaltung des Kulturplanes und des zu verwendenden Kostenbeitrages und behufs Befürwortung einer angemessenen, aus Staatsfonds zu gewährenden, bei dem Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu erbringende Beihilfe, für deren Gewährung die Regierung allerdings noch keine Garantie bieten zu können, erklärt. Dieselbe bezeichnet es als eine Sache von großer Wichtigkeit, den Nachtheilen einer unvorsichtigen und rücksichtslosen Entwaldung vorzubeugen und die Frage als eine ebenso wichtige, ob es nothwendig sei, die Waldgutshöfe in der Benutzung oder Behandlung solcher Wälder zu beschränken, deren Erhaltung im allgemeinen Interesse zu erachten, nothwendig ist. Besonders bemerkte die Regierung noch, daß es sich nicht darum handle, durch Konser-vierung von Forsten den künftigen Holzbedarf zu sichern, daß hier vielmehr nur die Benutzung und Behandlung solcher Wälder in Betracht zu ziehen sei, deren Erhaltung im allgemeinen Interesse als nothwendig zu erachten sei. Voraus-sichtlich werde die Gesetzgebung auch nicht beabsichtigen, sämtliche Forstgegenstände ohne Unterschied einer Beschränkung in ihren Dispositionsbefugnissen zu unterwerfen; es werde wahrscheinlich nur die Frage aufgeworfen werden, ob ein Bedürfnis vorliege, der Behörde, welche das Interesse der Landeskultur wahrnimmt, sei es nun die Regierung oder Generalkommission die Befugnis zugeschoben, für speziell zu bezeichnende Forstläden dem Eigentümer die Abholung gänzlich zu untersagen oder sie ihm nur mit gewissen von ihr anzuordnenden Vorsichtsmaßnahmen zu gestatten.

+ Adelnauer Kreis, 5. Februar. [Bur. Tages-Chronik.] Die von dem Frauenkomitee in Ostrowo veranstaltete Verlosung (i. Nr. 21 d. 3.) ist am letzten Mittwoch im Gymnastik-Saal zur Ausführung gekommen und hat ein den Verhältnissen immerhin hohen Preis erzielt. Von der vereinabten Summe von 163 Thlr. 15 Sgr. sind 100 Thlr. für die Notleidenden in Ostpreußen an den Frauenverein v. H. der Frau Oberpräsident v. Horn in Posen abgeschickt, der Überschuss aber wird für unsere Armen, deren es in diesem Jahre auch hier viele gibt, verwendet. Die Sammlung des Magistrats in Ostrowo für Ostpreußen hat den Betrag von 260 Thlr. ergeben, welcher dieser Tage zu gleichen Theilen an die Komitee's zu Königsberg und Gumbinnen abgefandt worden ist. — Die Schüler des k. Gymnasiums in Ostrowo haben auf Anregung des Religionslehrers Dr. Warminski 23 Thaler 29 Sgr. 6 Pf. zusammengelegt; die Stadt Sulmierzyce 9 Thlr. 1 Sgr. 5 Pf.; Rastkow 11 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf. Die Armenpflege findet im Ganzen jetzt gehörige Berücksichtigung, um das Elend auch hier gegen zu mildern. Für die Armen der Stadt Ostrowo und Rastkow wird beabsichtigt, um Fastnacht eine Liebhaber-Theatervorstellung zu geben, bei welcher deutsche und polnische Dilettanten-Bühnenstücke zur Ausführung gelangen werden.

In Ostrowo wird nach dem Beispiel anderer Städte gleichfalls eine Suppenanstalt eingerichtet; eine solche ist für Arme jüdischer Konfession vergangene Woche etabliert. Einige 90 Bedürftige wurden in Ostrowo legten Sonnabend mit Brennholz beschont. Der Vorstand des Armenvereins in Ostrowo entwickelt eine erfreuliche Thätigkeit, dem eingerissene Notstände zu steuern.

Am vergangenen Sonntag brach in dem Laden des Handelsmanns R. in R. Feuer aus, dessen Ursache Entzündung einer Quantität der sogenannten Hoffmannsproben war. Ein Dienstmädchen kam mit brennendem Lichte diesem Arzneimittel allzunah, dasselbe fing Feuer, explodierte und verursachte einen nicht unbeträchtlichen Schaden. Nur den schleunigen Anstrengungen gelang es, das Feuer zu dämpfen. Der Handelsmann leidet an empfindlichen Brandwunden.

Eine Wette zweier Wirths aus L. am verlorenen Montag mit dem Gespann das gestellte Ziel zu erreichen, hat entzückliche Folgen gehabt. Der eine der Wagen geriet in einen Graben und warf um. Der Lenker des Gespannes fiel so unglücklich, daß ihm Arm und Fuß gebrochen, die anderen Passagiere aber mit erheblichen Körperverletzungen das wahnwitzige Unternehmen büßen.

+ Bojanowo, 2. Februar. [Generalversammlung des Vorwaltungvereins.] Vom heutigen Tage ab beginnt unser Vorwaltungverein in ein neues Stadium seiner Entwicklung zu treten. Jetzt am Ende seines sechsten Geschäftsjahres wird er auf Grund des Genossenschaftsgesetzes seine Firma anmelden und nach den neuen, für den hiesigen Ort angepaßten Statuten seine Thätigkeit fortsetzen. Der Vorstand des Vereins eröffnete die Versammlung mit der Mittheilung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts für das Jahr 1867 und forderte am Ende die Verfassung auf, dem scheidenden Ausschußmitgliede Herrn Rektor Krug ihren Dank durch Erheben von den Sitzen zu erkennen zu geben, da er bei Gründung des Vereins schon thätig gewesen und das Beste des Vereins stets nach Kräften im Auge behalten habe. Dieser Dank wurde bereitwillig votirt, und von dem Herrn Rektor Krug mit dem Wunsche aufgenommen, daß der Verein auch unter den neuen Formen so blühe wie bisher. Der Verein bestand Ende 1867 aus 328 Mitgliedern, die zusammen ein Guthaben von 6521 Thlr. aufweisen. Im Laufe des vergangenen Jahres war ein Geschäftsumsatz von 91,821 Thlr. ermöglicht worden. Die Einnahme betrug 2570 Thlr., während sich die Ausgabe auf 1712 Thlr. belief, so daß ein Reingewinn von 858 Thlr. erzielt wurde. Von denselben wurden zunächst noch 34 Thlr. Remunererationen für die Beamten abgezogen, sowie 56 Thlr. für den Reservefond, um denselben von 444 Thlr. auf welche Höhe er Ende 1867 gekommen war, auf die runde Summe von 500 Thlr. zu bringen.

Sonach blieben nach Abzug von 81 Thlr. Binsen für diejenigen Guthaben-Anteile, die über den Betrag von 25—50 Thlr. schon gezahlt sind, noch 687 Thlr. zur Dividenden-Bertheilung, so daß nach Beschuß der Versammlung auf den Thaler  $4\frac{1}{2}$  Sgr. oder 10 Pf. Dividende bezahlt werden soll. Im verlorenen Jahre betrugen die aufgenommenen Darlehen 20,763 Thlr. und die Spareinlagen 6650 Thlr., im Ganzen belief sich der Betriebsfond auf 34,513 Thlr., wobei das eigene Vermögen des Vereins 25,28 Prozent vom fremden und der Reservefond 6,8 vom Guthaben der Mitglieder betrug. — Ein Antrag auf Herabsetzung des Binsens von 7 auf 6 Pf. für vom Verein entnommene Darlehen wurde abgelehnt, doch bestimmt, im Laufe des Jahres mit einer Herabsetzung vorzugehen, wenn es dem Verein gelingt, auch unter den neuen Formen ein gleiches Geschäft zu erzielen. Das gelinge dem Verein auch fernher, der für unsern Nachbarorten sehr manchen Segen während seines sechsjährigen Bestehens gestiftet hat. — Heute Nacht zwischen 10 und 11 Uhr brach in unserem Nachbardorfe Palomke in dem Stalle eines Bauerngehöfts Feuer aus, welches in kurzer Zeit das Stallgebäude nebst dem Wohnhause, in welchem vier Familien wohnen, vernichtete; auch 5 Stück Rindvieh wurden ein Raub der Flammen. Unsere Sprüze, welche zur Hülfe hingezieht, kehrte erst des Morgens wieder zurück.

# Neustadt bei Pinne, 5. Februar. Die königl. Regierung hat die Wahl des hiesigen Kaufmann W. H. Wolffsohn zum Kreistags-Deputirten bestätigt.

N. Neutomysl, 4. Februar. [Eisenbahnbau; Telegraphie; Kollektiv.] Zur Prüfung und definitiven Bestellung der Eisenbahnlinie von Frankfurt a. O. nach Posen tritt am 12. d. Mts. in Bentzien die Kommission zusammen und wird an demselben Tage Mittwochs mit den beteiligten Ortsvorständen der Stadt und Umgegend in Neutomysl, am darauffolgenden Tage in Opalenica und am 14. d. Mts. zu gleichem Zweck in Büt verhandeln; es sind dazu sämtliche Vorstände der von der Bahnlinie berührten Dörtschaften bereits einberufen.

Welche Dimensionen der Telegraphendienst der erst seit dem 5. Januar pr. am hiesigen Ort errichteten Station angenommen hat, geht aus nachstehenden Zahlen am deutlichsten hervor. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden Depeschen aufgegeben 1903, es kamen an 1868, die Gesamt-Einnahme betrug 789 Thlr. 1 Sgr., auf den Monat Oktober treffen aufgegebene Depeschen 629, angekommene 513 mit 296 Thlr. 21 Sgr. 6

lichen Schaden an Windmühlen, Bäumen und Dächern angerichtet. Unter Andern ist auch das Binkbach auf der hiesigen katholischen Kirche durch denselben nicht unerheblich beschädigt worden.

### Vom Büchertisch.

**Die Justizmorde** der Neuzeit aus allen Ländern, dem Volke wahrheitsgetreu erzählt von Dr. Carl Löffler, mit Illustrationen. Leipzig, Verlag von Karl Minde. (Posen bei C. Rehfeld.) Der erste Fall — Lehrer Lesnier wird unschuldig zur Galere verurteilt und nach fünfjähriger Strafzeit gerechtfertigt — ist spannend, in guter Sprache erzählt. Wenn das Unternehmen nicht etwa den Zweck verfolgt, dem Volke das Vertrauen zur Justiz zu nehmen, wäre es einer Empfehlung wert.

Allgemeiner **literarischer Anzeiger** für das evangelische Deutschland, herausgegeben von Andréa, Pfarrer zu Neheim a. d. Ruhr und Brachmann, Pf. zu Köln. Gütersloh und Leipzig, Verlag von Bertelsmann. Das Unternehmen begann mit dem Oktober v. J. Sein Plan ist: Rundschauen, Uebersichten, vergleichende Zusammenstellungen und größere Referate, Beurtheilungen lit. Novitäten und Referate aus den bedeutendsten Zeitschriften &c. zu geben. Die ersten Arbeiten zeigen, daß es von wissenschaftlichem Geiste getragen wird.

**Theologisches Universal-Lexikon** zum Handgebraude für Geistliche und gebildete Nichttheologen (komplet 20 Bief. a 5 Sgr.) Elberfeld 1866 (Posen bei C. Rehfeld.) Die Artikel sind zum Theil etwas zu knapp gefaßt, im übrigen sind sie durch Präcision des Ausdrucks charakterisiert.

**Die Hohenzoller-Sandbänder** in Preußen. (Berlin 1868 Geh. Ober-Hofbuchdruckerei R. v. Deder.) Die vorliegende Broschüre ist ein Separat-Abdruck aus dem "Staats-Anzeiger". Die Beschreibung begreift auch die Monuments der weiblichen Mitglieder der Hohenzollernfamilie in sich, es sind im Ganzen 37, davon 17 von dem Monarchen gesetzt, die übrigen von der Liebe des Volks.

**Der Arbeiterfreund**, Beitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen. Das eben ausgegebene dritte Heft des Jahrgangs 1867 bringt eine Beleuchtung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel zu Gunsten des armen Mannes, mit Angabe der Kennzeichen für deren gute Beschaffenheit und der Mittel zur Auffindung von Verfälschungen, aus der Feder des naturhistorischen Schriftstellers Dr. Karl Küz. Sodann kommt hier der Bericht zum Abdruck, welchen die Altesten der Berliner Kaufmannschaft an die preußische Centralkommission für die Pariser Ausstellung über diejenigen Vereine und Anstalten erfaßt haben, die auf Hebung und Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen hinzuwirken. Dr. Lammers in Bremen berichtet über den Verein für weiblichen Erwerb, der in jener Handelsstadt schon recht sichtbare Erfolge zuwege gebracht hat. Ein Berliner Arbeiter, der Vorsitzende des Moabiter Handwerker-Vereins, C. G. Denner, stellt seine Erfahrungen auf der Pariser Ausstellung über die Porzellan-Fabrikation und Malerei mit. Der letzte größere Artikel ist der Anfang einer sozial statistischen Skizze K. Brämer's über die Bevölkerung Berlin's.

### Landwirthschaftliches.

Anwendung von Schwefelsäure in der Kartoffelfärberei. Ein Zusatz von Schwefelsäure bei der Stärke-Fabrikation befürchtet erfahrungsmäßig den Abtrag der Stärke und die Trennung derselben von dem Faserstoff der Kartoffeln. Besonders wenn letztere alt oder frisch sind, hat man in der Anwendung von Schwefelsäure ein vortreffliches Mittel der Scheidung gefunden. Solche Stärke ist indes nur zur Sprüffabrikation gebraucht, dagegen in Kattun- und Papierfabriken als untauglich befunden worden, weil sie die Stoffe brüderlich machen soll. Man wies diese Stärke zurück, weil sie sauer schmeide und die Behandlung, der sie unterworfen gewesen, daran leicht kennlich war. Da demnach die Stärke noch Schwefelsäure enthalten mußte, so konnte angenommen werden, daß mehr als nötig zugesetzt würde. Um nun zu konstatiren, ob in der That nur durch ein Übermaß von Schwefelsäure der gewünschte Zweck erreicht werden könnte, hat Albert Hessca Versuche angestellt. (Wochenbl. der Annalen der Landwirthschaft. 1867. Nr. 48.) Er wandte Mittel-Kartoffeln an, die er in einer solchen Weise zerriss und auswusch, daß sehr viel außerordentlich fein zerrissener Faserstoff bei der Stärke blieb und dieselbe daher nach dem Trocknen nicht weiß, sondern schwärzlich-grau aussah. Diese Stärke wurde nun mit Schwefelsäure behandelt, von leichter aber nur so wenig dem Waschwasser zugesetzt, daß Lackuspapier erst nach einigen Stunden davon roth gefärbt wurde. Nachdem die unreine Stärke feucht in solches Sauerwasser gebracht und bis zur vollständigen Vertheilung, wie bei dem gewöhnlichen Waschprozeß, zerrüttet war, überließ man die Stärke Milch der Rühe. Es ging nun eine scharfe und vollkommene Trennung der Stärke vom Faserstoff in der Weise vor sich, daß sich erstere ganz rein weiß zu Boden setzte und auf derselben sich der letztere in Form einer dunklen Hornschicht ablagerte, die mit Leichtigkeit durch Absprühen entfernt werden kann. Die äußerst geringe Menge Schwefelsäure hat also den gewünschten Erfolg gehabt, obschon der Vorgang selbst, also der Einfluß, den die Säure auf den Faserstoff dabei ausübt, erst durch eingehende chemische Untersuchungen ermittelt werden muß. Die so gewonnenen Stärke reagiret nicht sauer und dürfte unzweifelhaft zu allen technischen Zwecken Verwendung finden. Bei der Fabrikation im Großen müßte man bei der ersten oder zweiten Waschung der Stärke die Säure dem Wasser zufügen, nachdem man durch einen Versuch vorher noch das zulässige Maximum ermittelt hat. Durch die letzte Waschung würde dann jede Spur von etwa rückständiger Säure entfernt werden, auch könnte man, falls Barley doch noch Schwefelsäure anzeigt, durch einen geringen Zusatz kristallisierte Soda zum letzten Waschwasser, jedoch ohne damit alkalische Reaktion hervorzurufen, die Stärke sicher absolut frei von Schwefelsäure erhalten.

**Das Gipsen des Klees.** Während man früherhin allgemein der Meinung war, die hauptsächlichste Wirkung des Gypses auf Kleefeldern bestehe

darin, daß die Schwefelsäure desselben die Verflüchtigung des Ammoniaks aus dem Boden verhindere und solches aus der Ackerkrume berühmte Luft aufsauge, wohl auch die atmosphärischen Niederschläge beginnige, hat man sich seit mehreren Jahren schon überzeugt, daß der Gips in hohem Grade die Wirkung hat, manche in dem Boden befindliche mineralische Nahrungsmittel der Pflanzen, insbesondere die Kalifalte in einem löslicheren Zustand zu führen. Um den Gips in dieser Wirkung zu unterstützen, ist es notwendig, ihn dem Einfluß großer Feuchtigkeitsmengen auszufügen, als es bisher geschehen ist. Darum hat man empfohlen, den Gips nicht mehr, wie es früherin allgemein gebräuchlich war, erst im Monat April oder gar Anfang Mai auf das Land zu bringen, ihn vielmehr schon vor, oder doch im Winter dem Klee zuzuführen. Die zahlreichen vergleichenden Versuche der legten 5 Jahre über die günstige Wirkung der Frühgypfung sind im Jahre 1867 durch viele Versuche über die uns Mitteilung gemacht wurde, weiter bestätigt worden. Wir halten es daher gerade jetzt für zeitgemäß, denjenigen Landwirthen die mit dem Frühgypfen des Klee noch keine Versuche ange stellt haben, dringend zu empfehlen, die jetzt für die Anstellung derartiger Versuche günstige Zeit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

**Neuer Bodenmischnungen.** So sehr auch die Mischungen verschiedener Bodenarten miteinander da zu angehen sind, die physikalischen Eigenschaften des Bodens zu verbessern, wodurch nicht nur die Erträge der Grundstücke bedeutend gesteigert, sondern auch der Wert im Allgemeinen bedeutend erhöht wird, was wohl auch alle diejenigen Landwirthe wissen, welche solche Erdmischungen in richtiger Weise in Anwendung brachten, so haben sie aber noch lange nicht diejenige Anerkennung gefunden, welche ihnen hinsichtlich ihrer Vortheile gebührt. Viele aber werden hierauf sagen; dies mag wohl Alles gut sein, wenn man nur zur Ausführung dieser Arbeit das nötige Material und die Zeit hätte. Dieses kann aber für solche gar keine Ausrede sein. Wenn man den Fall annimmt, daß gar keine Erde zu erwähnem Zwecke zu bekommen wäre oder zu weit von dem zu verbessernden Acker entfernt liege, so bringt es schon große Vortheile, wenn man nur die Erde von den Anwänden der Acker abschafft, wo sie sich durch Pfosten und Eagen immer mehr anhäuft und nur die Bebauung der Acker erschwert. Was die Zeit zur Ausführung solcher Arbeiten betrifft, so kommt es nicht selten vor, daß viele Landwirthe im Winter, bei zu dergleichen Arbeiten günstiger Witterung ihr Gespann als zehrendes Kapital im Stalle stehen lassen, oder quälen dieselben gegen geringe Vergütung mit Lohnzufuhrn, wo sie gewiß dieselben in viel geeigneter und vortheilhafter Weise zu oben erwähnem Zwecke verwenden könnten. Da die Erdmischungen hauptsächlich den Zweck haben die physikalischen Eigenschaften des Bodens zu verbessern, so muß man besonders darauf Rücksicht nehmen, nur solche Bodenarten miteinander zu vermischen, welche diese Eigenschaften im entgegengesetzten höchsten Grade besitzen, wodurch dann ein richtiges Verhältnis, z. B. wasserhaltende Kraft und Bindigkeit hergestellt wird.

### Bermischtes.

\* Die Universität Moskau hat zur Zeit 119 Professoren, Lehrer und Beamte, 12 Privatdozenten und 1511 Studenten. Von letzteren sind 845 Ju-risten, 327 Mediciner, 165 Mathematicer und 74 Philologen.

\* **Strauß und Renan** erhalten Konkurrenz von jenseits des Oceans; es wird nämlich Henry Ward Beecher (der Bruder der Verfasserin von Onkel Tom's Hütte), der fashionabelste Prediger von Newyork, demnächst mit einem Leben Christi an die Öffentlichkeit treten.

\* Paris, 27. Januar. Der Ball, welchen der hiesige deutsche Hülfes-verein gestern Abend im Grand Hotel gab, ist, wie gewöhnlich, sehr glänzend ausgefallen. Das deutsche diplomatische Corps war fast vollständig vertreten. Selbstverständlich fehlte Graf v. Dötz, der noch immer leidend ist. Ihn vertrat Graf v. Solms. Auf den Hülfesverein in Paris scheint die Umwälzung in Deutschland übrigens keinen Einfluß ausgeübt zu haben, und wer gestern auf dem Balle war und die Fürstin Metternich mit dem Grafen v. Solms den Ball eröffnete sah, daneben die ganze übrige österreichische Botschaft und auch Herrn v. Seebach, noch immer sächsischer Gesandter und Präsident des Hülfes-vereins, bemerkte, konnte wähnen, daß der Bundesstag noch immer in Frankfurt sitze. In früheren Seiten bot der Ball des Pariser deutschen Hülfesvereins das Bild eines einigen Deutschlands, denn so zerpalten, wie man „jenseits des Rheines“ (französischer Styl) war, so einig fanden sich hier alle Deutschen zusammen. Der Ton auf dem Balle selbst war, wie auch früher, ein gemütlicher, und was die Ausstattung der Sale anbelangt, so ließ dieselbe „nichts“ zu wünschen übrig. Eine Tombola wurde auch gespielt; der Kaiser hatte auch einige Gemälde, auf denen ein „Cadeau de S. M. l'Empereur“ zu lesen war, zu derselben geliefert. Natürlich war die Gesellschaft, wie immer, eine gemischte, da alle Klassen dort vertreten waren.

### Nachtrag.

**Breslau**, 5. Febr. [Eisenbahn Posen-Döbörn.] Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn, in welcher über die Annahme des zwischen der Direktion und der Staatsregierung geschlossenen Vertrages vom 30. November 1867, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Döbörn und einer Flügelbahn nach Bromberg, die Genehmigung der Aktionäre eingeholt werden sollte, war so zahlreich, wie nie eine zuvor befandt. Die Stimmenzahl betrug nahezu zu 1000. — Ein starkes Kontingent hatte die Städte und die Kreise Gnesen, Mogilno und Inowraclaw gestellt. Von Posen wa-

ren unter Andern die Herren Annus, Samuel Jaffé und Bank-Direktor Hill erschienen. Die Verhandlung wurde von dem Vorstand des Verwaltungsraths Kommerzienrat Frank geleitet und mit einer Darlegung der Vortheile des Unternehmens für die Gesellschaft eröffnet. Der Rittergutsbesitzer Russak beantragte pure Annahme der Vorlage.

Ehe zur Abstimmung geschritten wurde, führte der Rechtsanwalt Höninger aus Inowraclaw aus, daß nach der Fassung des §. 1 des Vertrages, welcher bestimmt, daß die Abweitung nach Bromberg an einem noch zu bezeichnenden, „aber nicht südlicher als Pakosce belegenen Punkte“ zu beginnen habe, die parallel liegende Stadt Inowraclaw von der unmittelbaren Verührung der Linie ausgeschlossen werden könnte; er beantragte eine diejenigen Zweifel beseitigende Änderung. Der Geh. Regierungsrath Lenze, Vor sitzender der Direktion, schlug vor, hinter „Pakosce“ — oder Inowraclaw — einzuhalten. Dieser Vorschlag wurde zur Abstimmung gebracht und genehmigt und hiernächst der Antrag des Herrn Russak auf Annahme en bloc des ganzen Vertrages einstimmig angenommen, ebenso die Vorlage auf Bewilligung von 5000 Thlr. für Ostpreußen.

Glatz, 5. Februar. Bei der heutigen Nachwahl für das Abgeordnetenhaus wurde Staatsanwalt Thilo (konser.) gegen Kreisrichter Selten (lib.) mit 45 Stimmen Majorität wiedergewählt. Staatsanwalt Thilo erhielt 261, Kreisrichter Selten in Frankenstein 216 Stimmen. (Tel. Dep. d. Schles. Ztg.)

### Sammlung für Ostpreußen.

An Beiträgen für die Notleidenden in Ostpreußen gingen uns ferner zu Der Ertrag einer Sammlung beim Stiftungsfeste des Männer-Gesang-Vereins zu Neutomysl, bestehend in 12 Thlr. 17 Sgr., von H. Sommerfeld in Neella gesammelt bei Gelegenheit einer Festlichkeit 2 Thlr. 20 Sgr. 2 Pf., von der 3. Comp. 6 Agts. 5 Thlr. 28 Sgr., durch Kantor Laub in der evangelischen Schule zu Wreschen gesammelt 1 Thlr. 11 Sgr., der Erlös eines Konzerts im Volksgarten, gegeben vom Allgemeinen Männer-Gesang-Verein, bestehend in 20 Thlr. für Ostpreußen und 20 Thlr. für Posen; Herr Lauber hat zu dem Konzerte den Saal unentgeltlich hergegeben.

Bernere Beiträge nimmt gern entgegen

Die Expedition dieser Zeitung.

### Angekommene Fremde

vom 6. Februar.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Kaufleute Brückmann aus Bromberg, Röhler, Brandt, Badewitz, Bifer, Steinraufl und Sedelson aus Berlin, Borkowski aus Stettin, Wagner aus Rydz, Brünninghaus aus Werdohl, Strauss aus Warburg, Salobson aus Danzig, Brütschke aus Delitzsch, Zimmermann aus Stolp und Hamburger aus Breslau, Landrat Studt aus Obersdorf, Amtsstrath Palm aus Orlitz, Dr. Krieger aus Breslau.

**HOTEL DU NORD.** Die Gutsbesitzer v. Grygrowing aus Lakowice und v. Mieczkowski aus klein Jeziora.

**BAZAR.** Die Gutsbesitzer Bychinski aus Uzarewo, Graf Czapski aus Polledno, Bieganski aus Ełkowo und Roscizewski aus Polen.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Biedermann aus Berlin, Klein aus Stettin, Abraham aus Liegnitz und Wolf aus Hildesheim, Inspector Kloes aus Hamburg, Justizrat Fischer aus Birnbaum.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Rittergutsbesitzer Baron v. Storff aus Piczlowo, Fabrikant Simming und die Kaufleute Hartmann, Eckert, Berger und Bette aus Berlin, August aus Mainz, Beyer aus Erfurt, Wandel und Sprunkmann aus Breslau, Wohlgemuth aus Stettin und Büttgen aus Magdeburg.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Mołocinski aus Sejtorf, Graf Szoldrest aus Deutsch-Poppen, v. Wirsbitzki aus Wielgie, Frau v. Dziembowska aus Goranin, v. Musolf aus Charbina und Frau Weizner aus Kietrz, Hauptmann Wegle aus Sprottau, Inspector Warnke aus Kopaszewo, die Kaufleute Salomonski aus Görzig und Medner aus Hirschberg.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Rittergutsbesitzer Graf Storzenowski nebst Fam. aus Czerniewo, Brennereibesitzer Koch aus Bauchwitz, die Kaufleute Adamkietz aus Breslau, Burghardt aus Solingen, Kestner aus Remscheid und Herlich aus Königsberg.

**SCHWARZER ADLER.** Gutsbesitzer Försler aus Czerleino, Kaufmann Keim aus Grünberg, Wirtschafts-Kommissar Przybylski aus Ulejno.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Wendorf aus Przybroda, Niße aus Chwałowko, Haus nebst Frau aus Kolatka und Frau Jauermitz aus Nagradowice, Steuer-Einnehmer Gabriel aus Dolzig, Probst Kaczowski aus Gnesen, Oberförster Fischer aus Jarocin, die Kaufleute Grohne aus Mühlhausen und Angres aus Bingen.

**KIELEK'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF.** Die Kaufleute Simon aus Breslau, Eppenstein aus Schwedt o. d., Eppenstein aus Breden, Schlem aus Kriewen und Keil aus Bissa.

**HOTEL DE PARIS.** Die Gutsbesitzer Lubenski aus Budziszewo und Chrzanowski aus Chwałowko.

### Ankauf eines Landgutes.

Es wird ein Gut zu kaufen gewünscht, zu dessen Übernahme ein Kapital von 30000 Thlr. ausreichen würde. Anträge von Selbstveräußfern mit Hinzufügung der nötigen Angaben wolle man gefällig unter **R. 1101.** an die Annonen-Expedition von Rudolf Mose in Berlin franko ein senden.

Ein **Haus** auf der Halbdorfstraße ist billig zu verkaufen. Näheres fl. Ritterstraße Nr. 7., eine Treppe hoch.

### Eine Milchpacht

wird zum 15. d. Ms. zu übernehmen gewünscht. Hierauf reflektirende Dominanten wollen ihre Adresse Billhelmsstr. im Keller (Herwig's Hotel) niederlegen.

Naution kann auf Verlangen gestellt werden.

### Zur hohen Beachtung für Bruchleidende.

Der berühmte Bruch-Balsam, dessen hoher Wert selbst in Paris anerkannt, und welcher von vielen medizinischen Autoritäten erprobt wurde, welcher auch in vielen tausend Fällen glückliche Kuren hervorbrachte, kann jederzeit brieflich vom Unterzeichneten die Schachtel à 2 Thlr. bezogen werden. Für einen nicht so alten Bruch ist eine Schachtel hinreichend.

J. J. Dr. Eisenhut in Gais, bei St. Gallen (Schweiz).

### Inserate und Börsen-Nachrichten.

#### Bekanntmachung.

Gemäß dem §. 8. des Status des neuen landshaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen vom 13. Mai 1857 (G. S. 1857 S. 327 u. ff.) mache ich bekannt, daß ich bei der am 31. v. M. vor mir vorgenommenen Revision der Akten, Alten und Hypothekendokumente des genannten Vereins die Überzeugung gewonnen habe, daß der Gesamtbetrag der von demselben ausgeferngten Pfandbriefe den Gesamtbetrag der ihm zustehenden hypothekarischen Kapitalforderungen nicht übersteigt.

**Posen**, den 5. Februar 1868.  
Der Wirkliche Geheime Rath und Oberpräsident der Provinz Posen als Staatskommissarius bei dem neuen landshaftlichen Kreditvereine für die Provinz Posen.

v. Horn.

#### Bekanntmachung.

An unserer höheren Töchterschule ist eine Lehrstelle mit 600 Thalern Gehalt zu Osterreic zu besetzen.

Bewerber, welche nachzuweisen haben, daß sie Universitätsstudien gemacht haben, mindestens pro rectoratu geprüft und für den geschichtlichen und geographischen Unterricht in den oberen Klassen qualifiziert sind, sollen in drei Wochen mit ihren Bezeugnissen bei uns anmelden.

Bromberg, den 31. Januar 1868.

Der Magistrat.

#### Bekanntmachung.

Die mit einem jährlichen Gehalte von 300 Thalern dotierte Stadt-Wachtmeister-Stelle hier selbst ist vakant und soll baldigst wieder besetzt werden. Civilversorgungs-Berechtigte, womöglich solche, welche bereits im Kommunal- resp. Polizeidienst thätig gewesen, wollen sich unter

Beifügung ihrer Be

Den geehrten Wein-Konsumenten, wie vorzugsweise allen Kennern und Liebhabern unserer Bordeaux-Weine machen wir hiermit die ergebene Anzeige, daß wir außer den schon in Deutschland befindlichen 278 Niederrägen noch für Posen und Provinz mit dem 1. Februar d. J. eine Kommandite unter der Firma

# Th. Baldenius Söhne

eingerichtet haben, von wo wir zu den billigsten Engros-Berkaufspreisen in Ge- binden und Flaschen abgeben.

Zu diesem Zwecke haben wir die Lokalitäten des früher

## C. Schippmannschen Weingeschäfts, Wilhelmplatz Nr. 15.

läufig übernommen und werden in jeder Beziehung bemüht sein, den geehrten Besuchern dieses alt renommierten Lokaals stets das Preiswürdigste und Beste zu liefern, wie wir auch die Leitung der feinen Küche einem bewährten und tüchtigen Koch übergeben haben. Vorzugsweise erlauben wir uns auf unsere sich sehr schön entwickelten 1864er Bordeaux-Weine aufmerksam zu machen, welche sich durch feines Bouquet und Milde besonders auszeichnen. Aus unserem Lager in Bordeaux zu sendende Bestellungen werden bei offener Schiffahrt pünktlich effektuiert, worüber besondere Preislisten und Proben gern verabschiedet werden.

Posen und Berlin, den 1. Februar 1868.

# Th. Baldenius Söhne, Wein-Großhandlung, Rum- und Araf-Transit-Geschäft.

Bezugnehmend auf obige Annonce danke ich für das mir bisher geschenkte Vertrauen und bitte ich, dasselbe auf meine Nachfolger übertragen zu wollen.

Da ich noch im Besitz eines großen Theils meines Weinlagers bin und dasselbe so bald als möglich ausverkaufen möchte, so findet von jetzt ab der Ausverkauf zum Einkaufspreise statt.

Meine Wohnung befindet sich Wilhelmplatz 15., Parterre.

## Herrmann Matschke.

### „Ostendeuse“,

einen gegenwärtig, besonders in Frankreich und Belgien sehr beliebten gewordenen Tanz lehre ich von heute ab.

**Rochacki**, Tanzlehrer.

Wilhelmsstr. 13.

Am 13. dieses Monats, Vormittags 10 Uhr, werden in dem zum Domin. Kazmierz gehörigen Hörte diverse birkene Schirr- und Ruhthölzer gegen gleich baare Bezahlung an den Weisheitsstaat auf dem Vorwerk Kozanino statt.

Kazmierz bei Samter.

## Steinkohlen

vom Waggon und vom Hofe empfehlen zu bil- ligsten Preisen

**K. Molinski & Co.**, Berlinerstraße 16.

500 Stück Kieseln-Hopfen- stangen,

Geschäft und trocken, können von mir bezogen werden, welche ich nach Wunsch zur Barthe oder zur Ostbahn liefern kann.

Nähtere Auskunft wird gern ertheilt werden. Danzmühle bei Landsberg a. W., den 4. Februar 1868.

**Adolph Wendland.**

Gut gearbeitete neue Sophia's in Les- der, Ledertuch, Damast, Mypa in allen Farben, stehen zum Verkauf beim Tapezier

**S. Mucha,** Bronnerstr. 24.

## Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

## Börse zu Posen

am 6. Februar 1868.

**Ronds.** Posener 4% neue Pfandbriefe 84½ Gd., do. Rentenbriefe 89½ Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 6% Kreis-Obligationen —, do. 5% Odra-Meliorations-Obligationen —, polnische Banknoten 84½ Gd., Schubiner 4½% Kreis-Obligationen —, polnische Liquidationsbriefe —. [Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Schefel = 2000 Pf. Br.] pr. Febr. 75, Febr.-März 75, März-April 75, Frühjahr 76½, April-Mai 76½, Mai-Juni 75½. **Spiritus** [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Haß) pr. Februar 18½, März 19½, April 19½, Mai 19½, Juni 20½, Juli 20½.

[Privatbericht.] **Wetter:** Trübe. **Roggen** höher, pr. Febr. 75 Br. u. Gd., Febr.-März 75 Br. u. Gd., Frühjahr 76½ bz. u. Gd., ½ Br., April-Mai 76½ bz. u. Gd., ½ Br., Mai-Juni 75½ Gd., 76 Br., Juni-Juli 75 Gd., Juli-August 69½ Gd. u. Br.

**Spiritus** befestigend, pr. Februar 18½ — bz. Br. u. Gd., März 19½ bz. u. Gd., April 19½ Gd., April-Mai 19½ Br. u. Gd., Mai 19½ bz. u. Gd., 20 Br., Juni 20½ bz. u. Gd., Juli 20½ bz. u. Gd.

## Die Maschinenbau-Aufstalt

von H. Cegelski in Posen

empiehlt hiermit, außer den allgemein bekannten, in deren illustriertem Katalog aufgeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Ackergeräthen, auch noch allerlei größere Maschinen und maschinelle Einrichtungen, welche entweder nur theilweise oder gar nicht vorräthig gehalten werden und daher rechtzeitige Bestellungen erheischen. Dazin gehören namentlich: **Dampfmaschinen** und **Lokomobile**, **Dampfkessel** und **Brennerei-Einrichtungen**, **Dampf-** und **Wassermühlen** nach den besten neuesten Konstruktionen, kleinere und größere **Oelmühlen** mit hydraulischen Pressen, **Sägemühlen** u. dgl.; ferner **Torfsiech-Maschinen** und **Torfspressen**, letztere sowohl zum Pferde- als zum Dampfbetriebe, **Ziegel- und Sandsteinpressen**, **Drainöhrengusspressen**, **Dampf-Drechsmaschinen** zu vier- und achtspurigen **Lokomobilen**, **Drillmaschinen** nach James Smyth und Victoria-Drillmaschinen nach Schnittler und André, **Guanostreummaschinen** nach James Smyth, amerikanische **Pavent-Feuersprizen** u. s. w.

Hinsichtlich der Brennerei-Einrichtungen, Dampfmaschinen, Mahl-, Del- und Sägemühlen bezieht sich die gezeichnete Fabrik auf deren bezügliche Anlagen in Posen, Miloslaw, Kazimierz, Lubiszyn, Bendlewo, Bronczeny und Ludom in der hiesigen Provinz, sowie in Kazimierz, Goslawice, Czepow, Okaten, Biskupice u. a. im Königreich Polen. Dampf-Torfspressen mit Lokomobilen hat sie unter anderen nach den Dominien Wreschen, Miloslaw, Bendlewo, Lubiszyn, Kazimirz und Goslawice geliefert.

Für kleinere Delmühlen hat die Fabrik kleine hydraulische Pressen zum Hand- und Rohwerkbetriebe konstruiert, und empfiehlt dieselben als zweckentprechend und verhältnismäßig billig.

Breitsämaschinen nach Robillard und Drewiz sind als gut und zweckentsprechend allgemein bekannt; Drillmaschinen werden entweder nach James Smyth, dessen Konstruktion als die beste anerkannt und auch auf der letzten Pariser Ausstellung als solche prämiert worden ist, oder nach Schnittler und André (Victoria-Drill) leichter bedeutend verstärkt, angefertigt.

Die amerikanischen Patent-Feuersprizen sind bereits in vielen Dorf- und Städtegemeinden eingeführt, und nebenbei hat die gezeichnete Fabrik den Betrieb des als sehr wirksam und nützlich befundenen Feuer-Löschaarapparats unter dem Namen **Gtineteur**, der zur schnellen Errichtung von entstandenen Feuerbrunstn dient.

Schließlich empfiehlt sich die Fabrik zur Anfertigung von allerlei guß- und schmiedeeisernen Bauteilen, so: Balten, Säulen, Fenster, Gittern, Thoren, so wie zu Anlagen von eisernen Treibhäusern mit Wasserheizung, städtischen Wasserleitungen u. dgl.

Entwürfe- und Kostenangläge, so wie illustrierte Kataloge und Preis-Kurante werden auf Verlangen geliefert.

**H**atten, Mäuse und Schwaben sofort spurlos zu vertilgen, wenn solche noch so massenhaft vorhanden sind, sofort spurlos zu vertilgen, offerre ich meine seit sechs Jahren weltberühmten giftfreien, amerikanischen Präparate in Paketen von 10 Sgr. bis 1 Thlr. gegen **Franko**-Bausendung und leiste für den Katal. Erfolg jede Garantie.

**Kaufmann G. W. Lenzig**  
in Danzig.

NB. Wiederverkäufern lohnendsten Rabatt.

Meine süße **Sahn-Butter** wird, vor Täuschungen zu schützen, in Formatstücken mit meiner Firma „S. Kistler“ ausgepreßt, dem hochgeehrten Publikum zur geneigten Beachtung empfohlen.

**S. Kistler**, Wasserstr. 26.  
Fr. Hechte u. Sand. Donnerst. Ab. b. Kletschoff.

**Rob. M. Sloman's Packetschiffe**, durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden expediert:  
**von Hamburg direct** nach **New-York** und **Quebec** am 1. und 15. jeden Monats.  
**Donati & Co.**, concessionirte Expedienten in Hamburg.

**Langestraße Nr. 12.** (am grünen Platz) zwei Treppen hoch ist eine freundliche Wohnung von 2 Stuben, Küche nebst Bubehör, zum 1. April 76. zu vermieten; jährlicher Mietpreis 75 Thlr. Näheres in der Wohnung dafelbst.

Eine vorzüglich gute, erfahrene **Mutter**, welche immer Jahre lang in vornehmen Häusern gewesen ist und die besten Bezeugnisse darüber aufweisen kann, ist sofort zu haben durch Frau Anders, Mietshaus, gr. Ritterstr. 7., Parterre. Lehrlingsstelle vacant in Elmers Apotheke.

Ein als Pächter in soliden Verhältnissen lebender Landwirt wünscht sich wieder zu verheirathen. Gebildete, hierauf reflektirende Damen mit einem Vermögen wollen freundlich ihre Adresse und Verhältnisse unter **II. 4000.** an die Expedition dieser Zeitung einsenden. Discretion Ehrensache.

**E. Sonntagh,**  
Arkanist und Chemiker in Weichselmünde.  
N. B. Alleiniges Depot für Posen und Umgegend bei

**Herrmann Moegelin**, Bergstraße Nr. 9.

Meinen geehrten Abnehmern zur Kenntnis, daß ich die **Milch** wieder früh zwischen 6 und 7. Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr bekomme, im Milchfester Wilhelmsstraße 16a, neben der Hof-Buchdruckerei.

**C. Handke.**

**Magdeburger Sauerkohl** empfiehlt

**Isidor Appel**, Bergstr. 7.

**Rob. M. Sloman's Packetschiffe**, durch ihre raschen und glücklichen Reisen seit Jahren berühmt, werden expediert:  
**von Hamburg direct** nach **New-York** und **Quebec** am 1. und 15. jeden Monats.  
**Nähre Auskunft ertheilen** unsere Herren Agenten und auf frankirte Briefe

**Donati & Co.**, concessionirte Expedienten in Hamburg.

**Langestraße Nr. 12.** (am grünen Platz) zwei Treppen hoch ist eine freundliche Wohnung von 2 Stuben, Küche nebst Bubehör, zum 1. April 76. zu vermieten; jährlicher Mietpreis 75 Thlr. Näheres in der Wohnung dafelbst.

Eine vorzüglich gute, erfahrene **Mutter**, welche immer Jahre lang in vornehmen Häusern gewesen ist und die besten Bezeugnisse darüber aufweisen kann, ist sofort zu haben durch Frau Anders, Mietshaus, gr. Ritterstr. 7., Parterre. Lehrlingsstelle vacant in Elmers Apotheke.

Ein als Pächter in soliden Verhältnissen lebender Landwirt wünscht sich wieder zu verheirathen. Gebildete, hierauf reflektirende Damen mit einem Vermögen wollen freundlich ihre Adresse und Verhältnisse unter **II. 4000.** an die Expedition dieser Zeitung einsenden. Discretion Ehrensache.

**Stettin**, 5. Februar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Leicht be- wölkt, + 5° R. Barometer: 28.1. Wind: NW, stürmisch.

Weizen mitter, p. 2125 Pf. gelber inländ. 99—103 Rt., unterm poln. 96—101 Rt., weißer 102—106 Rt., ungarischer 90—96 Rt., p. 83/85. Pf. gelber pr. Februar 99 Rt. nominell, Frühjahr 100½—101 bz. Mai-Juni 100½ bz. u. Br.

Roggen niedriger, p. 2000 Pf. loko 76—78 Rt., feiner 78½ Rt., pr. Februar 78 Rt. Br., Frühjahr 78½, 78, 77½, ¾ bz. u. Br., Mai-Juni 77½ Br., ½ Gd., Juni-Juli 76½ bz., 76 Br., Juli-August 71½ Br.

Gerste wenig verändert, p. 1750 Pf. loko 52—54 Rt., schles. Connoiss. 52½ Rt. bz., pr. Frühjahr schlesische p. 69/70 Pf. 55 Rt. Gd.

Hafer frille, p. 1300 Pf. loko 36½—37½ Rt., p. 47/50 Pf. pr. Frühjahr 38½ Rt. Br., 38 Gd.

Erbsen unverändert, p. 2250 Pf. loko 68—70 Rt., feine 71 Rt., pr. Frühjahr Butter 71½ Rt. Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen  
98—103 70—76 50—53 36—38 66—70 Rt.

Kartoffeln 28 Sgr. bis 1 Rt. 2 Sgr.

Rübel behauptet, loko 10½ Rt. Br., pr. Febr.-März 10½ Rt. Br., 10 Gd., April-Mai (gestern Nachm. 10½, 11½, 12½, 13½, 14½, 15½, 16½, 17½, 18½, 19½, 20½, 21½, 22½, 23½, 24½, 25½, 26½, 27½, 28½, 29½, 30½, 31½, 32½, 33½, 34½, 35½, 36½, 37½, 38½, 39½, 40½, 41½, 42½, 43½, 44½, 45½, 46½, 47½, 48½, 49½, 50½, 51½, 52½, 53½, 54½, 55½, 56½, 57½, 58½, 59½, 60½, 61½, 62½, 63½, 64½, 65½, 66½, 67½, 68½, 69½, 70½, 71½, 72½, 73½, 74½, 75½, 76½, 77½, 78½, 79½, 80½, 81½, 82½, 83½, 84½, 85½, 86½, 87½, 88½, 89½, 90½, 91½, 92½, 93½, 94½, 95½, 96½, 97½, 98½, 99½, 100½, 101½, 102½, 103½, 104½, 105½, 106½, 107½, 108½, 109½, 110½, 111½, 112½, 113½, 114½, 115½, 116½, 117½, 118½, 119½, 120½, 121½, 122½, 123½, 124½, 125½, 126½, 127½, 128½, 129½, 130½, 131½, 132½, 133½, 134½, 135½, 136½, 137½, 138½, 139½, 140½, 141½, 142½, 143½, 144½, 145½, 146½, 147½, 148½, 149½, 150½, 151½, 152½, 153½, 154½, 155½, 156½, 157½, 158½, 159½, 160½, 161½, 162½, 163½, 164½, 165½, 166½, 167½, 168½, 169½, 170½, 171½, 172½, 173½, 174½, 175½, 176½, 177½, 178½, 179½, 180½, 181½, 182½, 183½, 184½, 185½, 186½, 187½, 188½, 189½, 190½, 191½, 192½, 193½, 194½, 195½, 196½, 197½, 198½, 199½, 200½, 201½, 202½, 203½, 204½, 205½, 206½, 207½, 208½, 209½, 210½, 211½, 212½, 213½, 214½, 215½, 216½, 217½, 218½, 219½, 220½, 221½, 222½, 223½, 224½, 225½, 226½, 227½, 228½, 229½, 230½, 231½, 232½, 233½, 234½, 235½, 236½, 237½, 238½, 239½, 240½, 241½, 242½, 243½, 244½, 245½, 246½, 247½, 248½, 249½, 2

